

Die erste antikommunistische Regierung in Bulgarien

Brahm, Heinz

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Brahm, H. (1998). *Die erste antikommunistische Regierung in Bulgarien*. (Berichte / BIOst, 44-1998). Köln: Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-43741>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

© 1998 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit vorheriger Zustimmung des Bundesinstituts sowie mit Angabe des Verfassers und der Quelle gestattet.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet-Adresse: <http://www.uni-koeln.de/extern/biost>;
e-mail: biost.koeln@mail.rrz.uni-koeln.de

ISSN 0435-7183

Inhalt

	Seite
Kurzfassung.....	3
Bulgarien hinkt nach	7
David gegen Goliath.....	7
Eine schwierige Geburt: die Regierungsbildung.....	11
Eine neue Zeit braucht neue Eliten	12
Anschub der Marktwirtschaft.....	14
Neue Innenarchitektur.....	19
Eindeutiges Bekenntnis zum Westen	20
Uneinigkeit und Egozentrismus im Regierungslager.....	22
Das Ende	24
Die Kosten eines Regierungssturzes	30
Summary	35

3. November 1998

Heinz Brahm

Die erste antikommunistische Regierung in Bulgarien

Bericht des BIOst Nr. 44/1998

Kurzfassung

Vorbemerkung

Als sich die Staaten Osteuropas nach 1989 demokratisierten, mußten sich die neuen Politiker zunächst auf die übriggebliebene Bausubstanz der zusammengebrochenen Regime stützen. Einige Länder trennten sich entschieden und rasch von der Hinterlassenschaft des Kommunismus, andere langsamer. In Bulgarien tat man sich schwer, über den Schatten der Vergangenheit zu springen. Hier besaßen die Kommunisten, die sich bald zu Sozialisten umdeklarierten, noch eine ganze Weile nach dem Sturz Todor Živkovs die Hälfte der früheren KP-Mitglieder, während den postkommunistischen Parteien in Polen und Ungarn nur wenige Prozent der alten Kader geblieben waren. Daher konnte es auch nicht überraschen, daß die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) in den ersten freien Wahlen 1990 die stärkste Partei wurde. Ihre Regierung unter Andrej Lukanov scheiterte jedoch kläglich und bescherte der Bevölkerung einen Hungerwinter. Trotz aller negativen Erfahrungen mit den Kommunisten und Postkommunisten gewannen die antikommunistischen Gruppierungen, die sich zur "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) zusammengetan hatten, in den zweiten freien Wahlen (1991) nur einen hauchdünnen Vorsprung vor der BSP. Sie bildeten die Regierung unter Filip Dimitrov. Es war die erste nichtkommunistische Regierung seit 1944.

Seit 1991 hatte der Autor dieses Berichts Gelegenheit, zwanglos mit bulgarischen Politikern, Wissenschaftlern und Journalisten zu sprechen, zunächst aus purem Interesse. Erst 1995 entstand der Gedanke, das Gehörte mit dem Gelesenen und mit eigenen Beobachtungen zu einer Darstellung zusammenzufassen. Es wäre unmöglich, in den Fußnoten alle Quellen zu nennen. Viele Gesprächspartner hätten wahrscheinlich auch nicht mehr zu dem gestanden, was sie mir früher mitgeteilt hatten, weil sie inzwischen anderen Fahnen folgten. Filip Dimitrov gab mir pauschal die Erlaubnis, ihn nach Gutdünken zu zitieren.

Dieser Bericht soll einen Einblick in die Schwierigkeiten bieten, auf die die Antikommunisten bei ihren Aufräumarbeiten stießen. In den westlichen Darstellungen über die Abkehr vom Kommunismus nach 1989 wird der Fall Bulgariens meistens sehr oberflächlich behandelt. Oft begnügt man sich mit der Behauptung, daß die neuen Politiker hier einfach nur Versager waren. Man glaubt sich ein derart lehrerhaftes Urteil erlauben zu können, da die meisten Leser ohnehin kaum etwas von dem Land wissen.

Ergebnisse

Die SDS besaß 1991, nachdem sie Wahlsiegerin geworden war, keine parlamentarische Mehrheit im "Narodno säbranie" (Parlament). Die von der türkischen Minderheit getragene "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS) war zur Unterstützung der "Blauen", der SDS, bereit, aber nicht zur Koalition. Die DPS entwickelte sich allerdings rasch zu einem unsicheren Kantonisten. Die SDS selbst, ein Konglomerat von 19 Parteien und Gruppierungen, war weit von der notwendigen Geschlossenheit einer Koalition entfernt, geschweige denn einer Partei. Da sie erst 1989 entstanden war, konnte sie auch kaum schon die wünschenswerte Reife erreicht haben. Einzelpersonen profilierten sich in dieser Allianz immer auf Kosten der SDS. Einige ihrer Abgeordneten, sogar ihrer Minister, ließen es, als es hart auf hart ging, in erschreckendem Maß an Disziplin und Loyalität fehlen. In dieser Darstellung ist sicher bis zum Überdruß von Personen die Rede. Dies geschieht nicht, um mit Insiderkenntnissen aufzutrumpfen, sondern um die zentrifugalen Kräfte zu benennen, die das Regieren äußerst erschwerten.

Schon die Regierungsbildung erwies sich als sehr mühselig, da zu viele Wünsche, Richtungen und Strömungen zu berücksichtigen waren. Nur eine Handvoll der neuen Minister, darunter Ivan Kostov, hatte unter dem parteilosen Regierungschef Dimităr Popov Erfahrungen in Ressorts und am Kabinetttisch sammeln können. Ein schweres Handicap war es, daß das SDS-Reservoir an befähigten Verwaltungsleuten und Spezialisten bei weitem nicht so groß war, daß man alle Ministerien, Behörden und Institutionen ausreichend hätte versorgen können, wenn man die Administration erneuern wollte. Nach mehr als vierzigjähriger kommunistischer Herrschaft war ein personeller Umbruch unausweichlich. Es gab auch erhebliche Schwierigkeiten, als man die alten Eliten an den Universitäten und in den Banken austauschen wollte.

In der Regierung Filip Dimitrovs war man sich darüber im klaren, daß man sich nur halten konnte, wenn man die Wirtschaft so sanierte, daß die Bevölkerung den Erfolg deutlich spürte. 1991 und 1992 wußten aber nur die wenigsten, wie schwierig der Umbau der Wirtschaft war. Der von den Kommunisten hinterlassene Schuldenberg von 10,4 Mrd. Dollar engte den Spielraum der Regierungsmannschaft erheblich ein. Offensichtlich gab es infolge der ungenauen kommunistischen Statistiken auch keine exakten Daten, auf die sich die neuen Politiker hätten verlassen können. Finanzminister Kostov kam nicht so rasch zum Zug, wie er es gewünscht haben dürfte, da Asen Mičkovski, ein SDS-Linker, lange gegen dessen Absichten opponierte. Auch die Gewerkschaft "Podkrepa", die eigentlich mit der SDS verbunden war, leistete hartnäckig gegen die Austeritätspolitik Widerstand.

Im Dezember 1991 und Februar 1992 eröffneten die Restitutionsgesetze die Möglichkeit der Rückgabe von Häusern, Läden und kleineren Betrieben. Es folgte die Novellierung des Landreformgesetzes. Mit diesen Entscheidungen sollte die Kapitalbildung in den Händen der früheren "Bourgeoisie" eingeleitet werden. Vor allem in der Hauptstadt entstand eine Aufbruchsstimmung. Die Privatisierung der großen Unternehmen wurde zwar ins Visier genommen, konnte aber nicht mehr verwirklicht werden. Seit 1990 hatte Bulgarien die Bedienung der Auslandsschulden ausgesetzt. Kontakte zu den internationalen

Finanzinstitutionen wurden von der neuen Regierung wieder geknüpft. Man brauchte dringend Kapital von außen, um die Wirtschaft anzukurbeln.

Wenn schon wohlhabendere Staaten des früheren Ostblocks wie z.B. die ČSSR oder Ungarn unter den Reformen zu leiden hatten, trafen die Härten der Transformation das ungleich ärmere Bulgarien bis ins Mark. Viele Journalisten und auch Wissenschaftler glaubten jedoch, daß es nur die Unfähigkeit der Dimitrov-Regierung war, die die Gesundung des Landes verhinderte. Die Stimmungsmache gegen die SDS wurde von der BSP und ihren Bataillonen, aber auch von Nichtsozialisten betrieben. Sie wurde noch stärker angeheizt, als mehrere frühere kommunistische Spitzenpolitiker verhaftet wurden und vor allem als die Barone der Nomenklatura ihre Entmachtung und die Zuträger der Staatssicherheit ihre Enttarnung befürchten mußten.

Unter Filip Dimitrov orientierte sich Bulgarien eindeutig auf die EU und die USA. Das Land wurde als viertes Land des ehemaligen Ostblocks in den Europarat aufgenommen. Es fanden Verhandlungen über einen Assoziationsvertrag mit der EU statt. Die Unterhändler Sofias mußten jedoch erkennen, daß sie in Brüssel nicht die gleichen Konditionen wie Polen oder die Tschechoslowakei erhielten.

Das Ende der Regierung gleicht einem Politthriller. Von vielen Seiten schossen sich Hecken-schützen auf die Regierung ein. Was letzten Endes Achmed Dogan bewegte, als der Mann "mit dem Dolch im Gewande" aufzutreten, ist bei weitem nicht klar. Es kann und wird geheime Absprachen unter den Rebellen gegeben haben. Durch eine unglückselige Pressekonferenz auf der Bojana hat Staatspräsident Željko Želez den Kritikern der SDS-Regierung seine Unterstützung offen signalisiert. Želez, der nur mit den Stimmen der SDS-Wähler Präsident geworden war, der entscheidend an der Gründung der SDS mitbeteiligt war, hielt sich offensichtlich für eine Art de Gaulle, der Regierungen ernennen und notfalls stürzen konnte. Er ließ sich unter anderem von dem dubiosen Sicherheitschef Brigo Asparuchov in seinen Aktivitäten gegen die Regierung der SDS beraten.

Die Kernmannschaft der Regierung Filip Dimitrov hat allen Behinderungen zum Trotz den Weg der Reformen beschritten. Für sie war es eine entsagungsvolle Arbeit, inmitten einer Gesellschaft Ziele zu vertreten, für die ein großer Teil der Bevölkerung noch nicht vorbereitet war. Die Kabinette von Ljuben Berov und von Žan Videnov, die nach dem Sturz der Regierung Filip Dimitrovs die Verantwortung übernahmen, versuchten sich dem Zwang der Reformen zu entziehen. Ihre angeblich sozialverträgliche Politik endete mit einem Desaster.

Bulgarien hinkt nach

Die Regelmäßigkeit, mit der sich Bulgarien nach dem Umbruch von 1989 bei den verschiedensten Anlässen verspätet hat, ist frappierend.¹ Als Tadeusz Mazowiecki in Polen und Josef Antall in Ungarn schon längst regierten, waren in Sofia noch immer die früheren Kommunisten, die sich inzwischen Sozialisten nannten, an der Macht. Erst bei den zweiten freien Wahlen kamen hier die "Blauen" zum Zug, die in der "Union der demokratischen Kräfte" (SDS) zusammengeschlossenen Parteien und Gruppierungen. Das Schicksal der ersten antikommunistischen Regierung in Bulgarien, die von der SDS geführt und von der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" von außen gestützt wurde, hing allerdings seit Beginn an einem seidenen Faden. Fast alle Minister waren Novizen im Umgang mit der Macht. Sie sahen sich vor eine Titanenaufgabe gestellt, die nur langfristig zu lösen war. Sie begannen ihre Arbeit, als die bleiernen Gewichte der kommunistischen Altlasten nach wie vor erdrückend waren. Was sich in der Regierungszeit Filip Dimitrovs abspielte, steigerte sich von Woche zu Woche mehr zu einem erregenden Drama, in dem die politischen Leidenschaften, die Vernunft und die Unvernunft, der Anstand und die Intrige unverfälschter zum Ausdruck kamen, als dies gemeinhin in einem bejahrten Staatswesen der Fall zu sein pflegt. Es war ein Schauspiel und ein Lehrstück, in dem man eine Demokratie in statu nascendi beobachten konnte. Wie die spätere Entwicklung zeigte, war das Scheitern der "blauen" Regierung für das Land verhängnisvoller als für die SDS.

David gegen Goliath

Bulgarien hatte nicht dieselben Startchancen wie Polen, die Tschechoslowakei oder Ungarn. Geopolitisch, gesellschaftlich wie wirtschaftlich war es diesen Staaten eindeutig unterlegen. Es lag, wenig beachtet, am Rande Europas, gehörte zum byzantinisch-orthodoxen Kulturkreis, war ein halbes Jahrtausend von den Osmanen unterdrückt gewesen und hatte bei weitem nicht so enge und vielfältige Kontakte zum Westen wie die mitteleuropäischen Staaten. Wirtschaftlich lag es weit unter dem Niveau der kommunistisch regierten Länder wie

¹ Die besten Kommentare zu den bulgarischen Ereignissen von 1991 bis 1992 wurden von K. Engelbrekt im "RFE/RL Research Report" der damaligen Zeit veröffentlicht. Eine detailreiche Einführung bietet Ch. Moser: "Theory and History of the Bulgarian Transition", Sofia 1994. Als unverzichtbares Gerüst für die Darstellung erwies sich die von Filip Dimitrov erstellte Chronik "Nežnata revoljucija v dati i fakti", in: Demokracija, 29.11.1995 und 1.12.1995. In die vorliegende Untersuchung sind viele Anregungen, Hinweise und Ideen eingegangen, die ich aus zahllosen Gesprächen mit bulgarischen Politikern, Gewerkschaftern, Regierungsangestellten, Wissenschaftlern und Journalisten erhalten habe. Seit 1991 habe ich mehrfach mit Filip Dimitrov, mit zwei seiner Minister und vielen Abgeordneten sprechen können. F. Dimitrov, der in Interviews häufig auf seine Regierungszeit zurückgeblückt hat, antwortete mir mündlich und schriftlich auf alle meine Fragen. In großer Diszipliniertheit hat er darauf verzichtet, meine Darstellung in seinem Sinn zu beeinflussen. Nur F. Dimitrovs Mitteilungen werden in den Fußnoten ausdrücklich zitiert, da ich ihn um Genehmigung gebeten habe. Es wäre zu mühsam geworden, alle meine übrigen Informanten nachträglich zu bitten, sie zitieren zu dürfen. Mit Rosen Milev befinde ich mich seit 1993 in einem Dauerdiallog. Borislav Vankov versorgt mich unermüdlich mit Materialien.

die Tschechoslowakei und Ungarn und war bis 1989 einseitig auf die Sowjetunion und den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe fixiert gewesen.

Man kann Fabriken und Divisionen aus dem Boden stampfen, aber keine funktionierende Demokratie. Die Humusschicht der politischen Kultur war in Bulgarien so dünn, daß hier nach 1989 neue Parteien, die den Kommunisten Paroli bieten konnten, nur mühsam gediehen. Im November 1991 soll die Bulgarische Sozialistische Partei (BSP) 476.000 Mitglieder gehabt haben,² was immerhin rund 50 Prozent des früheren KP-Bestandes gewesen wären. Offensichtlich hat der Kommunismus das Bewußtsein der Menschen in schwächer entwickelten Ländern stärker infizieren können als in wirtschaftlich entwickelten. Das zeigt ein Vergleich mit den KP-Nachfolgeparteien in Polen und Ungarn, denen 1991 nur drei bzw. acht Prozent der früheren kommunistischen Mutterorganisation geblieben waren.³

1991 besaß die BSP noch ein dichtes Netz von Sympathisanten in den Banken, Industrieunternehmen und Zeitungen. Dieser geballten Kraft des postkommunistischen Goliath stellte sich ein junger David in den Weg, die "Union der demokratischen Kräfte," die erst nach dem Sturz Todor Živkovs gegründet worden und damit für alle Kinderkrankheiten einer jungen Organisation anfällig war. Die SDS war keine geschlossene Partei, sondern eine Koalition vieler größerer und kleinerer Organisationen und Parteien, deren Flügelweite wie bei allen antikommunistischen Allianzen in Osteuropa nach dem Umbruch weit ins linke und rechte Meinungsspektrum reichte.

Die SDS fand zwar zunehmend Unterstützung in der Bevölkerung, aber ein Teil ihres Anhangs erwies sich als Flugsand, der bald fortgetrieben wurde. Ihre organisatorische Schwäche wurde zunächst durch die Aufbruchseuphorie und den Elan ihrer Führer wettgemacht. Sehr groß war allerdings die Zahl derer nicht, die für politische Ämter bestens qualifiziert waren. Viele der Leitfiguren waren nie Mitglieder der kommunistischen Partei gewesen und kannten somit auch nicht den Staatsapparat von innen oder doch nur auf sehr niedriger Ebene.

Unübersehbar war, daß nicht wenige Intellektuelle eine kritische Distanz zur SDS wahrten, obwohl sie sich als Gegner des kommunistischen Regimes verstanden. Die "Union der demokratischen Kräfte" war ihnen angeblich nicht überzeugend und professionell genug. Einige Wissenschaftler waren sicher auch enttäuscht, weil die SDS nicht auf sie hörte und sie schon gar nicht umwarb.

In den entscheidenden Schichten der Wissenschaftler und Journalisten herrschte absolut nicht der Wille vor, unzweideutig Stellung gegen die Bulgarische Sozialistische Partei zu beziehen. Die Rückstände des Kommunismus wurden als nicht so schlimm und gefährlich angesehen, wie sie es tatsächlich waren. Viele beobachteten statt dessen die SDS mit größter Sorge und wünschten, wenn man ihr Erstarken schon nicht verhindern konnte, daß sie mit den ehemaligen Kommunisten eine große Koalition einginge.

² The Europa World Year Book 1992, London 1992, vol. I, S. 602.

³ A.a.O., vol. II, S. 2260 und vol. I, S. 1336.

1991 war die SDS noch weit davon entfernt, eine disziplinierte Formation von Gleichgesinnten zu sein. Sie hatte inzwischen den dritten Vorsitzenden. Željko Želez war zurückgetreten, nachdem er Staatspräsident geworden war. Danach war Petăr Beron sein Nachfolger geworden. Nach dessen Amtsverzicht war Filip Dimitrov auf Vorschlag des Sozialdemokraten Petăr Dertliev am 11. Dezember 1990 zum Vorsitzenden des Nationalen Koordinationsrates der SDS gewählt worden. Damals war Dimitrov 35 Jahre alt. Er war Jurist, Verfasser eines eigenwilligen historischen Romans (*Ibo živjacha, Gospodi – Da sie gelebt haben, Herr*). Als Intellektueller mit einem breiten Horizont kannte er sich dank seiner Englisch-Kenntnisse auch in der westlichen Kultur aus. Sein moralisches Koordinatensystem hatte er aus dem orthodoxen Christentum gewonnen.⁴ Dertliev war auf den SDS-Veranstaltungen auf F. Dimitrov aufmerksam geworden, weil dieser während aller Auseinandersetzungen Ruhe bewahrte und Ordnung in die Diskussionen brachte. Wahrscheinlich haben einige in ihm, der immer die Umgangsformen einhielt und als gradlinig und unbestechlich galt, einen Kompromißkandidaten gesehen. Es erwies sich jedoch bald, daß Dimitrov fest entschlossen war, die kommunistischen Altlasten so schnell wie nur möglich zu beseitigen.

Mitte 1991 hatte die SDS die schwerste Krise seit ihrer Gründung zu bestehen. Zwei gewichtige Blöcke brachen ab und gingen mit eigenen Listen in den Wahlkampf: die SDS-Liberalen (Petko Simeonov, Aleksandăr Karakačanov) und das SDS-Zentrum (Petăr Dertliev). Von den Gruppierungen, die sich von der SDS trennten, blieb oft ein Rest bei der Mutterorganisation. So bekannte sich ein Teil der Sozialdemokraten um Ivan Kurtev weiter zur SDS, während der größere Teil mit Dertliev sein Glück außerhalb der Koalition versuchte. Nach dem Exodus der beiden Gruppierungen entstand in der Stamm-SDS eine ungeheure Konfusion, da man nicht mehr wußte, wer überhaupt noch zur Fahne stand und wer zu den Abgesprungenen tendierte.⁵ Schon vorher war berichtet worden, daß einem Geheimplan zufolge ("Plan Keil") kommunistische Agenten die SDS von innen zersetzen sollten. Als einer der geheimen Spalter wurde Dimităr Ludžev genannt. In den Wirren von 1991 verließ auch Stefan Gajtandžiev die SDS, der für Personalfragen zuständig gewesen war.⁶ Seine späteren Äußerungen ("Lieber Tato als die NATO"⁷) lassen Zweifel daran aufkommen, ob er in der SDS überhaupt am rechten Platz war.

Die Turbulenzen haben der SDS in den Augen der Wähler selbstverständlich geschadet. Sie führten jedoch auch zu einer Klärung und Konsolidierung. Wäre es unmittelbar nach dem Rücktritt des sozialistischen Ministerpräsidenten Andrej Lukanov (November 1990) zu Neuwahlen gekommen, hätte die SDS noch mit mehr als 40 Prozent der Stimmen rechnen können, die BSP dagegen nur mit 22 Prozent.

Nachdem die SDS jedoch die Mitverantwortung in dem Kabinett des Parteilosen Dimităr Popov übernommen hatte, war ihr Ansehen in der Bevölkerung gefallen. Vier Vertreter der

⁴ Zum persönlichen Hintergrund E. Vladimirova: "Filip Dimitrov. Po diagonala", Sofia 1991.

⁵ Mitteilung von Filip Dimitrov.

⁶ Zusammen mit Petko Simeonov hatte er die SDS-Kandidatenlisten für die Wahlen von 1990 aufgestellt. Er erfreute sich des Vertrauens von Željko Želez. Nach 1991 wurde er zu einem der schärfsten Gegner der SDS.

⁷ Tato (= Papa) ist der Kosenamen für T. Živkov.

"Union der demokratischen Kräfte" waren in die Übergangsregierung eingetreten. Dimităr Ludžev, ein ehemaliger Komsomolsekretär aus Burgas, war Stellvertretender Ministerpräsident geworden und dürfte von Präsident Želev für größere Aufgaben ausersehen gewesen sein. Ihm war offensichtlich vom Staatspräsidenten die Aufgabe übertragen worden, die künftige Verwaltung aufzubauen, was er ansatzweise seit 1991 getan hatte. Ivan Kostov, ein Wirtschaftswissenschaftler, hatte das Finanzministerium übernommen, Ivan Puškarov das Ministerium für Industrie und Handel und Georgi Fotev das Bildungsministerium. Die Aufgabengebiete dieser vier Politiker waren, zum Teil jedenfalls, zu undankbar, um Stimmen für die SDS zu gewinnen.

Angefeindet wurden vor allem Kostov und Puškarov. Kostov hatte den Mut, die Preise freizugeben und die monetäre Stabilisierung einzuleiten. Besonders von sozialistischer Seite ist ihm vorgeworfen worden, mit seinem Kurs, der zu Unrecht als Monetarismus gebrandmarkt wurde, die Kaufkraft des Lev gemindert und damit zur Verarmung der Bevölkerung beigetragen zu haben. Auch einige Segmente in der SDS waren mit seiner Politik unzufrieden. Im August 1991 kam es zu einem ersten Zusammenstoß der SDS mit der ihr nahestehenden Gewerkschaft "Podkrepa", die einen Streik der Bergarbeiter gegen den Kurs Kostovs und Puškarovs unterstützte. Allen Warnungen und Angriffen zum Trotz wurde dank der neuen Wirtschaftspolitik erreicht, daß sich die Regale in den Geschäften, die in der Amtszeit Lukanovs leerer und leerer geworden waren, wieder füllten.

Die Wahlen vom 13. Oktober 1991 veränderten die politische Landkarte Bulgariens schlagartig.⁸ 38 Parteien und Koalitionen hatten sich um Mandate beworben. Insgesamt konnten nur drei dieser Formationen ins Parlament einziehen, alle anderen scheiterten an der Vier-Prozent-Hürde. Zum ersten Mal siegte die SDS, allerdings nur mit einem hauchdünnen Vorsprung vor den Sozialisten. Auf die "Union der demokratischen Kräfte" entfielen 34,4 Prozent der Stimmen (110 Sitze), auf die BSP 33,1 Prozent (106 Sitze) und auf die Vertretung der Türken, Bewegung für Rechte und Freiheiten (DPS), 7,6 (24 Sitze). Es war eine Überraschung, daß dem SDS-Zentrum, den SDS-Liberalen und den zwei wichtigsten Bauernparteien, denen in den Umfragen zum Teil gute Chancen vorausgesagt worden waren, der Sprung in die Volksversammlung mißlungen war. Es ist zwar richtig, daß die SDS ohne die Abspaltung der beiden Flügel von "Zentrum" und "Mitte", für die 3,2 bzw. 2,8 Prozent der Wähler votiert hatten, eine ausreichende Mehrheit der Parlamentssitze bekommen hätte, aber es wäre in dieser Koalition auch zu noch stärkeren Spannungen gekommen. Es hatte ja gute Gründe für das Abdriften der beiden Formationen gegeben.

Der Sieg der SDS war zwar sehr knapp, aber immerhin war sie die stärkste Formation im Parlament. Der Jubel im Lager der "Blauen" kannte keine Grenzen. Ein Ruck schien durch das ganze Land zu gehen. "Vremeto e naše" (Die Zeit gehört uns) hatte seit 1990 eine Parole der SDS geheißt. Eine Rückkehr der Sozialisten an die Macht schien vielen ausgeschlossen. Die "Democracija" titelte nach der Wahl: "Wir gewinnen knapp, aber für immer."

⁸ Hierzu B. Gjuzelev: Bulgarien zwischen den Parlaments- und Präsidentenwahlen (Oktober 1991-Februar 1992), in: Südosteuropa, 10/1992, S. 613-632.

Die BSP blieb jedoch, was nüchterne Analytiker wußten, eine bedrohliche Macht im Hintergrund.

Eine schwierige Geburt: die Regierungsbildung

Filip Dimitrov, der die SDS in den Wahlkampf geführt hatte, erhielt den Regierungsauftrag, was für einige seiner Mitstreiter, die sich für geeigneter hielten, schwer oder auch gar nicht zu verschmerzen war. Nicht wenige Vertreter der Traditionsparteien innerhalb der SDS blickten sicher auf die kleinen, nach 1989 entstandenen Gruppen herab. Einige der Älteren glaubten aufgrund ihrer Erfahrungen unter dem Kommunismus eine stärkere Berücksichtigung in der SDS beanspruchen zu dürfen. So spielten von Anfang an Ressentiments und Besserwisserei in der "blauen" Regierung eine übergroße Rolle.

19 Parteien und Gruppierungen hatten unter dem Dach der SDS Platz gefunden. Um die SDS zu führen und zu koordinieren, hätte es der Fähigkeit jener Zirkusartisten bedurft, die auf einer Reihe von Stäben Teller rotieren lassen. Da die "Union der demokratischen Kräfte" nur 110 Abgeordnete im 240köpfigen Parlament zählte, mußte sie sich mit der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), der politischen Vertretung der türkischen Minderheit, in irgendeiner Form arrangieren. Ein Bündnis mit den Sozialisten, das einige Beobachter empfahlen, verbot sich von selbst.

Obwohl die DPS mindestens zweimal von der SDS zu einer offiziellen Vereinbarung aufgefordert wurde,⁹ lehnte sie dies mit der Begründung ab, daß eine Koalition nur der nationalistischen Propaganda gegen die Türken Vorschub leisten würde. Die "Duma" hatte schon vor den Wahlen von einer "unheiligen Allianz" zwischen der SDS und der DPS gesprochen.¹⁰

Den Sozialisten war keine Verdächtigung zu billig, um die Gespräche zwischen der SDS und der DPS ins Zwielficht zu bringen. Am Ende kam es zu einer lockeren, informellen Koalition. Die türkischen Politiker erhielten die Möglichkeit, sogar auf die Regierungsbildung Einfluß zu nehmen, ließen sich sonst jedoch nicht die Hände binden. Die Sozialisten erklärten nichtsdestoweniger, daß die "blaue" Regierung von Istanbul gesteuert würde.

Die Beratungen über die Kabinettsliste, die von langen Abendessen begleitet wurden, zogen sich über zehn Tage hin. Filip Dimitrov hat das damalige Tauziehen später einen "Alptraum" genannt.¹¹ Es entsprach nicht seinem Naturell, autoritär zu entscheiden, was ohnehin in einer so weitgespannten Koalition mit divergierenden Interessen unmöglich war. Vorschläge für die wichtigsten Ämter kamen von den Parlamentariern der SDS und DPS, den Koordinationsräten der SDS, der Gewerkschaft "Podkrepa" und den Regionalgouverneuren. Berücksichtigt werden mußte auch die Anhängerschaft D. Ludževs, des früheren

⁹ Mitteilung von Filip Dimitrov.

¹⁰ Duma, 9.10.1991, 10.10.1991. Vgl. auch Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.1.1992 und Süddeutsche Zeitung, 21.1.1992.

¹¹ Interview im Standart, Sofia, 13.7.1993.

Stellvertreter von Ministerpräsident D. Popov, der seine Leute bereits in Schlüsselpositionen untergebracht hatte.

Während der Regierungsbildung war der Druck von Stefan Savov, Georgi Markov, beide Mitglieder der Demokratischen Partei, und von Michail Nedelčev, Radikaldemokratische Partei, besonders stark. Savov und Markov galten als Helden in der Fraktion, da sie mit 37 anderen Abgeordneten im Juli in einen Hungerstreik getreten waren, um ihrer Forderung nach einem Referendum über die stark von Sozialisten beeinflusste neue Verfassung Nachdruck zu verleihen. Sie konnten angesichts des verbreiteten Mißtrauens bezüglich der Zuverlässigkeit von Personen, das seit der Abspaltung des SDS-Zentrums und der SDS-Liberalen entstanden war, einige Kandidaturen abblocken, die als qualifiziert erschienen. Starke Vorstöße bei der Auswahl von Kandidaten für die wichtigsten Ämter gingen auch von der Gewerkschaft "Podkrepa", der Alternativen Sozialistischen Partei (ASP), besonders aber von Asen Mičkovski und der undurchsichtigen grauen Eminenz der DPS, Achmed Dogan, aus.¹²

Immerhin konnten I. Kostov und I. Puškarov, obwohl sie nicht unumstritten waren, als Minister in den Ressorts, die sie unter D. Popov innegehabt hatten, durchgesetzt werden. D. Ludžev, von Staatspräsident Želev protegiert, wurde der SDS von der DPS förmlich aufge-nötigt. Er konnte allerdings als nützliches Gegengewicht zum Gewerkschaftsführer Konstantin Trenčev gelten, der einigen Einfluß auf Stefan Savov, Stojan Ganev und Aleksandăr Jordanov hatte. Eine Lanze für Stojan Ganev als Außenminister brachen G. Markov und vor allem die DPS. F. Dimitrov meldete vergeblich Bedenken gegen seine Kandidatur an. Bald mußte er bedauern, Ganev nicht kategorisch abgelehnt zu haben. Nikola Vasilev (Gesundheit) war der Kandidat der "Podkrepa". Andere Minister wurden unter den Parteien ausgehandelt.

Die Mitbestimmung bei der Kabinettsbildung ging ganz entschieden zu weit. Zu viele Interessenten sicherten sich eine Einflußnahme auf die künftige Politik. Die Macht des Ministerpräsidenten konnte schnell untergraben werden.

Als neuer Parlamentspräsident wurde Stefan Savov vorgeschlagen, ein damals 67jähriger Jurist und Übersetzer, dessen Demokratische Partei mit 23 Abgeordneten die stärkste Formation innerhalb der SDS bildete. Er wurde am 4. November 1991 von der Volksversammlung gewählt. Wenige Tage später, am 8. November, fand die Kabinettsliste die Zustimmung des Parlaments.

Eine neue Zeit braucht neue Eliten

Als sich die frischgewählte Ministerriege daran machte, die alten Kader in den Ministerien und Behörden mit eigenen Kräften zu ersetzen, wurde ihr – wie bei der Kabinettsbildung – schmerzhaft bewußt, wie kurz ihre Personaldecke war. Eingespielte Teams gab es am ehesten in den Ministerien, die bereits während der Amtszeit von D. Popov von SDS-Ministern

¹² Mitteilung von Filip Dimitrov.

geführt worden waren, aber auch sie waren angesichts der enormen Herausforderung nicht leistungsstark genug.

Nach mehr als vierzig Jahren kommunistischer Herrschaft war ein Elitewechsel auf allen Ebenen unumgänglich. Der Kommunismus hatte Personen nach oben geschwemmt, die weder imstande noch fähig waren, die notwendigen Reformen vorzubereiten und durchzusetzen. Die Sozialisten haben den Personalwechsel auf den Führungsetagen nach dem Amtsantritt der "Blauen" wortreich beklagt. In der Bevölkerung hatte man jedoch oft den Eindruck, daß die neue Regierung viel zu milde mit der Nomenklatura umgegangen ist.

Von November 1991 bis Mai 1992 sind 320 Personen im Außenministerium entlassen worden, 215 im diplomatischen und 105 im technischen Bereich.¹³ Neues Blut im diplomatischen Corps war nötig, wenn Bulgarien sein in kommunistischer Zeit lädiertes Image verbessern wollte. Der neue Verteidigungsminister D. Ludžev, ein Zivilist, hat die militärische Elite kräftig durcheinandergerüttelt. Mehr als ein Dutzend Generale und mehr als tausend Offiziere verloren ihre Posten. Im Ministerrat, dem Sitz des Ministerpräsidenten, wurden 260 Personen, mehr als die Hälfte der Beschäftigten, entlassen. Einige wenige wurden eingestellt. Schon unter Ministerpräsident D. Popov waren auf D. Ludževs Anweisung einige neue Mitarbeiter in den Ministerrat aufgenommen worden. Im Finanzministerium I. Kostovs hat man dagegen mit Entlassungen gezögert, weil die SDS nicht genügend eigene Experten hatte. Dem Vernehmen nach hat Justizminister Svetoslav Lučnikov sogar die Sekretärin seines Vorgängers übernommen.

Die Angestellten in den einzelnen Ressorts und Behörden begegneten ihren neuen Vorgesetzten allem Anschein nach höflich, wenn sie sicher auch nicht immer loyal waren. In dem einen oder anderen Fall dürften sie die Weisungen ihres Dienstherrn behindert oder sabotiert haben. Die Spezialisten in den Wirtschaftsministerien konnten ihre Kenntnisse für ihre Vertrauten in der Wirtschaft nutzen. Für die Minister war der Start nicht einfach. Wie Sozialminister Vekil Vanov fanden auch andere Ressortchefs bei ihrem Amtsantritt leere Schränke vor.

Wenn es wirklich einen scharfen Szenenwechsel in Bulgarien geben sollte, mußten auch die mehr oder weniger belasteten und korrumpierten Spitzenvertreter des Ancien régime in den staatlichen Banken und Medien sowie zum mindesten in den wichtigsten Bildungseinrichtungen ausgetauscht werden. Man entschied sich dafür, die höchsten Vertreter der Nomenklatura pauschal aus den höchsten Ämtern zu entfernen. Es wäre unnötig zeitraubend und schließlich kontraproduktiv gewesen, jeden Fall einzeln zu prüfen. Der Kommunismus war schließlich keine Bagatellsache. Was in der Zeit von Georgi Dimitrov bis Todor Živkov mit erheblicher krimineller Energie ins Werk gesetzt worden war, ließ sich nicht mit einer "Schwamm-drüber"-Versöhnung aus der Welt schaffen. Nach 1944 hatten die Kommunisten Tausende von mißliebigen Personen vor die Gewehrläufe gestellt oder in Lager gesteckt. Die SDS-Regierung hielt sich an Gesetze, wenn sie hochrangige Repräsentanten der kommunistischen Herrschaft entließ.

¹³ Bjala kniga, Beilage der "Duma", 22.3.1995.

Das bereits Ende November 1991 dem Parlament vorgelegte Gesetz über die Banken wurde zwar verabschiedet, aber das Verfassungsgericht hat eine Bestimmung für verfassungswidrig erklärt, derzufolge hohe Funktionäre der kommunistischen Partei für fünf Jahre von Leitungsfunktionen ausgeschlossen bleiben sollten.¹⁴ Die Günstlinge des alten Regimes konnten in den Banken zum Schaden der Wirtschaft ihren Geschäften nachgehen.

Im Dezember 1991 untersagte ein Gesetz, das vom SDS-Abgeordneten Georgi Panev eingebracht worden war, den Spitzenvertretern des alten Systems für fünf Jahre, in Führungspositionen an den Universitäten und wissenschaftlichen Instituten zu bleiben.¹⁵ Wer sich für ein Spitzenamt im Wissenschaftsbereich bewarb, mußte eine Erklärung unterschreiben, daß er kein hochrangiger Aktivist des kommunistischen Regimes und auch kein Informant der Staatssicherheit gewesen war. Wegen der Informantenklausel weigerten sich viele Wissenschaftler, das Dokument zu unterzeichnen.

Im Dezember 1991 wurde der Entwurf einer Novellierung des Gesetzes über das Innenministerium fertiggestellt ("Sokolov-Gesetz"), das personelle Wechsel erlaubt hätte. Er verschwand in den Aktenstapeln eines parlamentarischen Komitees.

Im staatlichen Fernsehen konnte der Personalbestand beträchtlich verringert werden. Am 1. April 1992 wurde Asen Agov von der Volksversammlung zum neuen TV-Direktor gewählt. 968 Personen wurden entlassen, die als unzuverlässig oder untauglich galten.

2.000 der etwa 8.000 Manager von Staatsunternehmen wurden ausgewechselt. Die Nachfolger wurden allerdings nicht immer den in sie gesetzten Erwartungen gerecht.

Anschub der Marktwirtschaft

Die neue Regierung wußte, daß ihr Schicksal vom Erfolg oder Mißerfolg ihrer Wirtschaftspolitik abhing. Bereits vor 1989 war die ökonomische Situation Bulgariens fatal gewesen.¹⁶ Die Auslandsschulden waren von 3,5 Mrd. Dollar im Jahr 1985 auf 10,4 Mrd. bis 1990 gestiegen. In Osteuropa war nur in Ungarn die Pro-Kopf-Verschuldung höher. Verschlimmert wurde die Situation dadurch, daß die Lukanov-Regierung im März 1990 ein Schuldenmoratorium verkündet hatte. Damit hatte das Land das Vertrauen der internationalen Finanzmärkte verspielt. Neue Kredite wurden unmöglich und die potentiellen Investoren konnten nur abgeschreckt werden.

Ein schweres Handicap war die von den Kommunisten eingegangene exzessive außenwirtschaftliche Bindung Bulgariens an die Sowjetunion und die sozialistischen Staaten, die eine rasche Umorientierung auf Westeuropa sehr erschwerte. Kein anderer Staat in Osteuropa hatte sich so stark auf die Sowjetunion gestützt. 1983 betrug der Importanteil aus der UdSSR

¹⁴ Ch. Jessel-Holst, in: G. Brunner (Hrsg.): Juristische Bewältigung des kommunistischen Unrechts in Osteuropa und Deutschland, Berlin 1995, S. 113.

¹⁵ St. Stalev, in: G. Brunner, a.a.O., S. 122.

¹⁶ Hierzu O. Hishow: Bulgarien: Postkommunistische Wirtschaftskrise und Stabilisierungskrisen, in: Ifo Schnelldienst, 28/1991, S. 13-21.

63 und aus den übrigen Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) 24 Prozent.¹⁷ Ganz im Trend der sowjetischen Außenpolitik hatte Bulgarien unter T. Živkov seinen Handel mit den Ländern des Nahen Ostens besonders gepflegt. 1991 rächte sich die Fixierung auf Moskau. Das Land verlor den größten Teil seiner Märkte. Der RGW wurde aufgelöst, und die Sowjetunion zerbrach. Wegen der Embargo-Bestimmungen blieb der Irak Bulgarien 1,2 Mrd. Dollar schuldig.

Die Wirtschaftsnomenklatura hat es offensichtlich verstanden, ihr Schäfchen ins trockene zu bringen. Es wird immer wieder behauptet, daß Riesensummen aus dem Staatsvermögen in den Besitz von früheren Managern umdirigiert worden seien.¹⁸ Es konnte zwar nie bewiesen werden, aber es ist mehr als unwahrscheinlich, daß alle Wirtschaftsimperien in Bulgarien allein durch Fleiß, Unternehmergeist und Sparsamkeit zustande gekommen sind.

Die Regierung Filip Dimitrovs durfte keine Zeit verlieren, wenn sie die gefährliche Situation in den Griff bekommen wollte. Sie konnte sich jedoch nicht auf eine umfassende Vorausplanung stützen. Viele ökonomische Daten und Zusammenhänge waren ihr zu Beginn ihrer Arbeit noch nicht bekannt. Da die Zeit der Konsolidierung für die "Union der demokratischen Kräfte" zu kurz gewesen war und die Spreu noch nicht vom Weizen getrennt war, war es zudem um die gemeinsame Willensbildung der SDS in Wirtschaftsfragen schlecht bestellt. Es gab in der SDS eine Kerngruppe von zehn bis fünfzehn Personen, die sich in den wichtigsten Fragen mehr oder weniger einig war. Die SDS-Fraktion bestand jedoch aus vielen Segmenten und Farben und blockierte oder behinderte manches Gesetzesvorhaben.

Im Wahlkampf hatte die SDS der Privatisierung die höchste Priorität eingeräumt. Sie allein konnte die Lokomotive der Marktwirtschaft werden. Nach der Regierungsübernahme wurden jedoch zunächst Gesetze verabschiedet, die Verfahrensfragen der Parlamentsarbeit sowie das Rechtssystem betrafen. Die Juristen, zu denen außer dem Ministerpräsidenten Jordan Sokolov und Svetoslav Lučnikov gehörten, hatten offensichtlich einige Vorarbeit geleistet.

Da die Minister I. Kostov und I. Puškarov bereits im Popov-Kabinett Erfahrungen gesammelt hatten und Mitarbeiterstäbe besaßen, hatten sie vor den übrigen Ministern einen gewissen Vorsprung, kamen aber mit ihren Reformvorhaben nicht so recht von der Stelle. Die Vertreter des Internationalen Währungsfonds haben die schleppende Entwicklung mehrfach moniert. Kostov, der seinen seit Februar 1991 verfolgten Kurs fortsetzen wollte, stieß in den eigenen Reihen auf immer neue Widerstände.

Weitgehende Einigkeit bestand in der SDS darin, daß eine Voucher-Privatisierung nicht in Frage kam.¹⁹ Der Staat erschien nicht reich genug, die Unternehmen in Form von Coupons zu verschenken und deren Schulden allein zu tilgen. Kontrovers waren jedoch die Modalitäten der Privatisierung. Man hatte gehofft, bis Ende 1991 die für die Wirtschaftsreformen

¹⁷ O. Hishov: Wirtschaftstransformation in Bulgarien: von Ostmitteleuropa abgekoppelt, in: Südosteuropa, 9-10/1994, S. 527-552, hier S. 540.

¹⁸ K. Engelbrekt: Bulgaria's Foreign Debt Predicament, in: RFE/RL Research Report, 21.2.1992, S. 37-40, hier S. 38.

¹⁹ So I. Kostov gegenüber der Neuen Zürcher Zeitung, 2.11.1991.

notwendige Gesetzesarbeit abschließen zu können. Dieser Zeitplan konnte nicht eingehalten werden.

Asen Mičkovski, der Vorsitzende des parlamentarischen Wirtschaftsausschusses, wurde zum Gegenspieler Kostovs. Im Januar legte er einen Gegenentwurf zu den von der Regierung vorbereiteten Gesetzen über die kleine und große Privatisierung vor. Man hat die Einwände über viele Wochen diskutiert. Mičkovski wollte mit einem Paukenschlag die Ära der Privatisierung eröffnen. Ihm schien fürs erste ein einziges Gesetz ausreichend zu sein, in dem in großen Zügen die Transformation des Staatseigentums in Privatbesitz festgeschrieben werden sollte und dem nach und nach Zusatzgesetze folgen sollten, sobald Bedarf bestünde.²⁰ Kostov und Puškarov, durch ihre frühere Regierungstätigkeit und die Gespräche mit IMF-Vertretern bereits erfahrener und vorsichtiger geworden, zogen einen etappenweisen Übergang zur Marktwirtschaft vor, beginnend mit der Restitution und endend mit der Privatisierung von Großunternehmen. Dazu waren nach ihrer Meinung mehrere Gesetze nötig.

Die Umstellung auf die Marktwirtschaft war in ganz Osteuropa mit einer Absenkung des Lebensstandards verbunden, die im Fall Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns schon sehr schmerzhaft, aber für das wirtschaftlich schwächere Bulgarien katastrophal werden konnte. Ernüchternd für die Regierung in Sofia war schließlich die Erkenntnis, daß Bulgarien nicht mit derselben Unterstützung der westlichen Länder rechnen konnte wie die Länder Mitteleuropas.

Die bulgarischen Politiker befanden sich in einem schrecklichen Dilemma. Auf der einen Seite wurden sie vom IMF bedrängt, das Privatisierungstempo zu beschleunigen und damit die Kreditwürdigkeit ihres Landes zu beweisen, und auf der anderen Seite hatten sie schon unter den Auswirkungen der ersten Reformschritte mehr als genug zu leiden. Die Zahl der Arbeitslosen war von 74.000 im Januar auf 402.000 im November 1991 emporgeschneit. Mit dem Verlust weiterer Arbeitsplätze war zu rechnen, wenn man den großen Unternehmen die Subventionen strich.

Fast von Anfang an stand die Regierung unter Streikdrohungen. In den Augen vieler Arbeiter und Gewerkschaften waren vor allem der Industrie- und Handelsminister I. Puškarov und der Finanzminister I. Kostov für den Niedergang der Wirtschaft verantwortlich. Für die SDS war es besonders bitter, daß auch die früher mit ihr verbundene Gewerkschaft "Podkrepa" der Regierung Knüppel zwischen die Beine warf. Der Ehrgeiz des "Podkrepa"-Chefs Konstantin Trenčev war so groß, daß er sich nicht nur mit gewerkschaftlichen Forderungen begnügte. Zunächst verlangte die "Podkrepa" nur den Rücktritt von I. Kostov und I. Puškarov, aber am 11. Mai 1992 wünschte sie schon eine neue Regierung.²¹ Der Parlamentsabgeordnete A. Mičkovski unterstützte in der SDS-Fraktion die Interessen der "Podkrepa".

²⁰ K. Engelbrekt: New Bulgarian Government Hopes to End Delays, in: RFE/RL Research Report, 24.4.1992, S. 80-84, hier S. 81; K. Engelbrekt: Bulgaria's Communist Legacy: Settling Old Scores, RFE/RL Research Report, 10.7.1992, S. 6-10.

²¹ Otečestven vestnik, 12.5.1992.

Die geringsten Schwierigkeiten hatte die Regierung mit der Rückgabe des von den Kommunisten enteigneten Vermögens. Dies war nicht nur als Wiedergutmachung gegenüber den Opfern des früheren Regimes gedacht, sondern auch als Kapitalbildung in den Händen der Nichtsozialisten. Die Restitutionsgesetze vom 11. Dezember 1991 und 5. Februar 1992 machten den Weg frei für die Rückgabe von Läden, Werkstätten, Lagern, Arbeitsräumen und Häusern. Nach langen Debatten im Parlament folgte am 20. März 1992 die Novellierung des Landreformgesetzes, das die Kollektivwirtschaften auflöste. Das Land sollte, soweit dies möglich war, den früheren Eigentümern zurückerstattet werden. Allerdings erlaubte das Gesetz auch den Zusammenschluß von Kooperativen auf freiwilliger Basis. Bis zur Ablauffrist vom 4. August 1992 wurden 1,7 Millionen Anträge auf 94 Prozent der gesamten Agrarfläche eingereicht.²² Die Liquidationsräte, die die Auflösung der Kollektivwirtschaften überwachen sollten, wurden von den Bauern oft heftig angefeindet. Sie waren tatsächlich auch nicht immer mit vertrauenswürdigen und fähigen Personen besetzt. Nicht nur wegen der Katasterfrage erwies sich die Landrückgabe als reichlich zähflüssig. Zudem belastete das Fehlen von Maschinen und Gerätschaften den Start von Kleinbauern in die freie Wirtschaft sehr stark.²³

Am augenfälligsten wurden die Reformen in den Städten sichtbar, vor allem aber in Sofia, wo in rascher Folge neue Geschäfte und Restaurants eröffnet wurden. Das Grau des Sozialismus wich im Stadtbild den bunten Reklameschildern. Es kam Hoffnung auf ein Wiederaufleben der Wirtschaft auf. 1992 dürften mehr als 800.000 Menschen neue Arbeitsplätze, vor allem in der Privatwirtschaft, gefunden haben.

Der schwerste Brocken für die Regierung Filip Dimitrovs war die Privatisierung der staatlichen und kommunalen Unternehmen, die Zuwendungsempfänger waren. Ihre Privatisierung hätte das Heer der Arbeitslosen so anschwellen lassen, daß das Schicksal der Regierung besiegelt gewesen wäre. Man hat den Rat von vielen Experten, auch von Ausländern, eingeholt, bevor am 23. April 1992 ein Gesetz das Parlament passierte, in dem zunächst einmal die Rahmenbedingungen für die große Privatisierung festgelegt wurden.²⁴ Kleinere Unternehmen sollten verkauft, größere in Aktiengesellschaften umgewandelt werden. Nach Meinung von SDS-Politikern hätten allerdings bestimmte Branchen wie etwa die Rüstungs- und Energieindustrie in den Händen des Staates bleiben sollen. Es wurde eine Privatisierungsagentur geschaffen, um die Denationalisierung in die Wege zu leiten und zu kontrollieren. Bevor sie aber die wichtigsten Fälle anpacken konnte, war die SDS-Regierung nicht mehr am Ruder.

²² K. Schrameyer: Die Verfassung der Republik Bulgarien, in: Verfassungs- und Verwaltungsrecht der Staaten Osteuropas, Bd. 1, Berlin 1996, S. 17.

²³ Die Sozialisten haben die "blaue" Regierung seit 1992 beschuldigt, die gesamte Agrarwirtschaft binnen weniger Wochen vollkommen ruiniert zu haben. In Wirklichkeit befand sich die Landwirtschaft schon vor 1989 im Niedergang. Der Abwärtstrend hatte schon im II. Weltkrieg begonnen und hatte sich infolge der Kollektivierung, der Landflucht und des falschen Managements fortgesetzt. Die Regierung Filip Dimitrovs hat versucht, die schon vor ihrer Zeit begonnene Ausplünderung der Landwirtschaft zu stoppen.

²⁴ K. Schrameyer: Bulgarien: Gesetz über die Umwandlung und Privatisierung staatlicher und kommunaler Unternehmen, in: Wirtschaft und Recht in Osteuropa, 9/1992, S. 288-297.

Die Erwartungen vieler Bulgaren an die "blaue" Regierung müssen exorbitant gewesen sein. Viele müssen geglaubt haben, daß es sehr schnell wieder aufwärtsgehen würde. Auch wenn es Zeichen der Hoffnung gab, blieb die Lage für breite Schichten gespannt. Die Rentner, Arbeitslosen und alle, die ein Abrutschen in die Armut befürchteten, reagierten mit Angst und Enttäuschung auf die wachsenden Lebenshaltungskosten. Viele wollten, andere konnten nicht erkennen, daß der Transformationsprozeß schwierig war. Aus der Not und Sorge der Deklassierten haben die BSP und die Gewerkschaften bedenkenlos Kapital geschlagen. Zeitungen wie die "Duma", "24 časa" oder "Trud" haben bewußt Stimmungsmache gegen die Regierung betrieben. Sie erwiesen sich nicht auf der Höhe einer modernen Streitkultur. Ihre Journalisten schrieben mit der Arroganz von Besserwissern. Sie informierten nicht, sondern urteilten in primitiver, gehässiger und tendenziöser Form.

Es fehlte 1992 in Bulgarien an frischem Kapital, um alle Lücken schließen und den dringendsten Erfordernissen nachkommen zu können. Der Export war zu schwach, um dem Devisenhunger abzuhelpfen. Die Sozialisten und der größte Teil der Presse warfen der Regierung vor, daß sie den einst blühenden Waffenexport abgewürgt oder aber doch ohne die notwendige Unterstützung gelassen hätte.²⁵ Andererseits hieß es, daß Bulgarien unter den nach 1989 existierenden Bedingungen mit seinen "low technology"-Rüstungsgütern kaum noch konkurrenzfähig war.²⁶ Eine Statistik zeigt, daß Bulgarien bereits vor dem Amtsantritt der SDS-Regierung im Waffengeschäft keine Rolle mehr spielte.²⁷ So soll es 1991 konventionelle Waffen nur noch im Wert von 8 Mio. Dollar verkauft haben, aber 1992 immerhin für 60 Mio. Dollar. Die wichtigsten Märkte für den Waffenhandel waren mit der Auflösung des Warschauer Pakts und dem Embargo gegen den Irak und Libyen verloren. Offensichtlich gab es im Umkreis der SDS aber auch Kräfte, die für den Niedergang der bulgarischen Waffenindustrie verantwortlich gemacht werden können.

Ohne fremde Hilfe war eine Sanierung der Wirtschaft nicht möglich. Das am 16. Januar 1992 verabschiedete Investitionsgesetz hat jedoch das Ausland nicht zu einem verstärkten Engagement verlocken können. Es sah keine Steuererleichterung für ausländische Investmentfonds vor, was sicherlich ein Versäumnis war.

Nachdem die Lukanov-Regierung seit April 1990 die Auslandsschulden nicht mehr bedient hatte, wurden seit 1991 wieder Kontakte zu den internationalen Finanzinstitutionen gesucht. Das Parlament beauftragte im Januar 1992 die Regierung, mit den Handelsbanken über eine Umschuldung zu verhandeln. Kostov hoffte, 1993 den Schuldendienst wiederaufnehmen zu können. Im März 1992 erwog der IMF, Bulgarien eine Anleihe von 800 Mio. Dollar zu gewähren. Die Unterstützung von außen, die Bulgarien damals erhielt, war nur ein Tropfen auf dem heißen Stein. Für die erste nicht-kommunistische Regierung seit 1944 war dies eine bittere Erfahrung, für die Sozialisten ein Grund zur Schadenfreude und für das Land ein Unglück.

²⁵ A. Dimitrova: The Plight of Bulgarian Arms Industry, in: RFE/RL Research Report, 12.2.1993, S. 48-53.

²⁶ Hierzu K. Engelbrekt: Bulgaria and the Arms Trade, in: RFE/RL Research Report, 12.2.1993, S. 44-47.

²⁷ Kontinent, 21.6.1996. A. Dimitrova zufolge sollen 1989 Waffen für 1.308 Mrd. Dollar verkauft worden sein. 110.000 Personen waren nach derselben Quelle damals in der Rüstungsindustrie tätig.

Neue Innenarchitektur

Kaum im Amt, hat die Regierung Filip Dimitrovs den Türkisch-Unterricht in den Schulen zugelassen. Damit kam sie dem Verlangen der rund 800.000 Türken entgegen, die unter dem Regime T. Živkovs selbst ihre angestammten Namen aufgeben mußten. Die Sozialisten als Nachfolger der Kommunisten waren ihrer antitürkischen Haltung treu geblieben und schürten die antitürkischen Ressentiments in der Bevölkerung. Sie haben nicht nur die Existenzberechtigung der "Bewegung für Rechte und Freiheiten" (DPS), die im wesentlichen die Interessen der türkischen Minderheit vertritt, angezweifelt, sondern auch, allerdings vergeblich, vor Gericht angefochten. Die DPS wollte ihrerseits die BSP verbieten lassen. In diesem Sinn hat sich Achmed Dogan am 4. November 1991 noch im Parlament geäußert.²⁸ Anfang 1992 erklärte er, daß ein Gesetz zum Verbot der BSP längst in der Schublade läge.²⁹ Die Kunst der neuen Regierung mußte darin bestehen, sich zwar mit der DPS zu arrangieren, aber gleichzeitig der antitürkischen Kampagne den Wind aus den Segeln zu nehmen.

Die SDS war 1989 angetreten, um der Allmacht der Kommunisten ein Ende zu setzen. Wenn die "blaue" Regierung diesen Auftrag erfüllen und ein neues Blatt in der Geschichte des Landes aufschlagen wollte, mußte unter das Kapitel des Kommunismus ein dicker Schlußstrich gezogen werden. Dazu bedurfte es der Konsequenz und, wenn nötig, auch der Härte.

Ein Gesetz vom 12. Dezember 1991 verfügte, daß ein großer Teil des KP-Vermögens dem Staat zufallen sollte. Der BSP verblieben jedoch ausreichend Räume, Einrichtungen und Mittel. Sie blieb die reichste, mitgliederstärkste und einflußreichste Partei. Die Anzeigen in ihrer Parteizeitung "Duma" verrieten, welche Firmen und Banken sich den Sozialisten verbunden oder verpflichtet fühlten.

Im April 1992 wurde Ivan Tatarčev, ein Opfer des kommunistischen Regimes, Generalstaatsanwalt und Ivan Grigorov Vorsitzender des Obersten Gerichts. Damit bestand Aussicht, daß die Verbrechen der kommunistischen Zeit geahndet würden.

Mehrere ehemalige Ministerpräsidenten wurden 1992 wegen des Verdachts der Veruntreuung verhaftet: Georgi Atanasov (April), Andrej Lukanov und Griša Filipov (Juli). Der ehemalige Chef des Nachrichtendienstes, Vladimir Todorov, erhielt eine Strafe von 14 Monaten Gefängnis, weil er die über den in London ermordeten Regimekritiker Georgi Markov angelegten Dossiers vernichtet hatte. Nach 18monatigem Prozeß wurde T. Živkov am 4. September wegen Unterschlagung, Veruntreuung und unrechtmäßiger Begünstigung für schuldig befunden und zu sieben Jahren verurteilt. Er war der erste Staats- und Parteichef im vormals kommunistischen Osteuropa, dem man den Prozeß gemacht hatte. Seine Strafe wurde allerdings wegen seines hohen Alters in Hausarrest umgewandelt. Es war unverkennbar, daß man in Bulgarien entschlossen war, sich ernsthaft mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen.

²⁸ Duma, 5.11.1991.

²⁹ Südosteuropa, 2/1992, S. 138.

Auf starken Widerstand stießen die Versuche, die geheimen Archive zu öffnen, um mögliche Verstrickungen der Abgeordneten mit dem kommunistischen Geheimdienst aufzudecken. Stefan Savov, Georgi Markov und Michail Nedelčev sprachen sich gegen einen diesbezüglichen Gesetzentwurf aus, weil sie Spannungen in der parlamentarischen Regierungsmehrheit befürchteten. Es wurde damals schon vermutet, daß es Informanten der Staatssicherheit (DS) in allen Fraktionen gab, auch in der SDS und in der DPS. Als Filip Dimitrov Ende 1992 nur noch geschäftsführender Premier war, wies er das Innenministerium an, allen Fragestellern auf Wunsch mitzuteilen, daß sie nie für den DS gearbeitet hätten. In den Fällen, in denen es belastendes Material gab, sollte das Innenministerium schweigen. Nicht alle SDS-Abgeordneten haben um ein Entlastungspapier nachgesucht. Die Mitarbeiter des früheren Staatssicherheitsdienstes, aber auch die ehemaligen Kommunisten, die kein reines Gewissen hatten, müssen über die Tendenzen in der SDS, die Archive zu öffnen, entsetzt gewesen sein. Sie mußten alles daran setzen, daß man die Vergangenheit ruhenließ.

Als äußerst schwierig erwies sich auch das Vorhaben von Justizminister S. Lučnikov, das Rechtssystem von Grund auf zu erneuern. Es fehlte an ausgebildeten Juristen, die fähig waren, unter den Bedingungen des Rechtsstaates zu arbeiten.

Eindeutiges Bekenntnis zum Westen

Bulgarien hat über Jahrhunderte hinweg eine charakteristische Ambivalenz in seiner kulturellen und politischen Orientierung bewiesen. Es fühlte sich zwischen "Ost" und "West" hin- und hergerissen. Zwar hat es das Christentum von Byzanz empfangen, war aber bald von ihm wieder etwas abgerückt.³⁰ Es war 1878 von Rußland befreit worden, entschied sich aber für eine westliche Verfassung, für den Parlamentarismus und für ein westliches Herrscherhaus. Während man im Deutschen davon spricht, "vor einem Kreuzweg" zu stehen und damit die Wahl der Entscheidung bildhaft zum Ausdruck bringt, bedeutet im Bulgarischen die Wendung "auf dem Kreuzweg" (na krastopät) nach allen Seiten offen, also unentschieden zu sein.

Nach 1989 ließ sich die Zerrissenheit Bulgariens erneut beobachten. Die BSP war stark auf Moskau fixiert, die SDS auf Brüssel und Washington, die DPS auf Ankara. Die Regierung Filip Dimitrovs ließ nicht den geringsten Zweifel daran aufkommen, daß Bulgarien seinen Platz in den westlichen Bündnisstrukturen suchte.

Am 7. Mai 1992 wurde Bulgarien als viertes Land des ehemaligen Ostblocks in den Europarat aufgenommen. Es wurden Verhandlungen mit der Europäischen Union über ein Assoziationsabkommen aufgenommen. Die Verhandlungsführer Brüssels erwiesen sich aber gegenüber dem bulgarischen stellvertretenden Ministerpräsidenten Ilko Eskenazi ganz und gar nicht so großzügig, wie sie es gegenüber Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn getan hatten. Sie waren nicht willens, den EU-Markt für Agrarprodukte, Textilien und Metalle aus

³⁰ G. Eldarov: Western Temptations and Eastern Choices, in der Beilage von "Balkan Media" 4/1994, S. 9-11; ders.: The Bulgarian Syndrome, in: Bulgarian Military Review, Special Issue 1996, S. 3-9.

Bulgarien zu öffnen.³¹ 1992 zeigte man in Westeuropa insgesamt noch wenig Verständnis für die extremen Schwierigkeiten des Balkanlandes. Mit der Bundesrepublik Deutschland schloß Sofia ein Abkommen über die Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der organisierten Kriminalität, des Terrorismus und der illegalen Einwanderung ab.³²

Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus in Osteuropa, der Auflösung des RGW und des Warschauer Pakts und dem Zerfall der UdSSR war Moskau nicht mehr der Angelpunkt der bulgarischen Politik. Die Beziehungen zu Rußland mußten noch schwächer werden, als die Regierung Filip Dimitrovs die Hebel umlegte, um die Weichen eindeutig auf Westeuropa und die USA zu stellen. Allerdings wollte Sofia damit nicht alle Beziehungen zu Rußland kappen. Im August 1992 unterzeichneten die Präsidenten Željko Želez und Boris El'cin einen Freundschaftsvertrag, der in Krisensituationen "Kontaktaufnahmen" zwischen Bulgarien und Rußland vorsah.³³ El'cin war zur Vertragsunterzeichnung eigens nach Sofia geflogen. Er wollte in seinen Gesprächen mit den bulgarischen Politikern ein völliges Abdriften ins westliche Lager verhindern.

Nicht ins Konzept der neuen bulgarischen Außenpolitik paßten die Reisen von Außenminister St. Ganev um die Jahreswende 1991/92 in den Nahen Osten, die nicht mit dem Ministerpräsidenten und dem Kabinett abgestimmt waren. Der Kredit, den er Iran gewähren wollte, wurde ihm von der Regierung verweigert. Im März 1992 hat Filip Dimitrov Israel einen Besuch gestattet, um dem Eindruck entgegenzuwirken, daß Sofia besondere Beziehungen zu den islamischen Staaten in dieser Region pflegen wollte.

Das Verhältnis zu den Nachbarstaaten, vor allem zur Türkei, zum zerfallenden Jugoslawien und zu Griechenland, mußte auf eine neue Grundlage gestellt werden. Die bulgarisch-türkischen Beziehungen, die seit der brutalen Assimilierungspolitik der Bulgarischen Kommunistischen Partei (BKP) gegenüber der türkischen Minderheit frostig geworden waren, wurden nach dem Abgang T. Živkovs allmählich verbessert. Die "blaue" Regierung, die mit der "Türkenpartei" DPS zusammenarbeitete, hatte gute Chancen, die beiderseitigen Beziehungen zu normalisieren. Im Mai 1992 wurde ein Kooperationsvertrag zwischen Bulgarien und der Türkei unterzeichnet. Im Juli kam man überein, die Truppenstärke an der gemeinsamen Grenze zu reduzieren.

Bulgarien suchte auch das Vertrauen Griechenlands zu gewinnen. Allerdings beobachtete man in Athen mit Argwohn die bulgarisch-türkische Annäherung und insbesondere Sofias Mazedonien-Politik. Das Auseinanderbrechen Jugoslawiens hat die bulgarischen Politiker vor eine Vielzahl von Problemen gestellt. Bulgarien erkannte am 15. Januar 1992 Mazedonien und die anderen Staaten, die sich von der Bundesrepublik Jugoslawien gelöst hatten, als erster Staat an. Damit wollte man Mazedonien, mit dem Bulgarien auf vielfältige Weise verbunden ist, vor einer serbischen Invasion schützen, aber zugleich auch das Eis für weitere diplomatische Anerkennungen brechen. Die Staaten der EU taten sich damals noch

³¹ Neue Zürcher Zeitung, 14.10.1992.

³² Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15.9.1992.

³³ Otečestven vestnik, 5.8.1992.

außerordentlich schwer, die neuen Realitäten im ehemaligen Jugoslawien zu akzeptieren. Filip Dimitrov glaubte jedoch, keine Zeit verlieren zu dürfen. Zwischen ihm und Außenminister Ganev sowie Parlamentspräsident St. Savov, die eher der Linie der EU folgen wollten, kam es in dieser Frage zum Konflikt. Die BSP opponierte ohnehin gegen die Anerkennung. Viele Bulgaren haben damals und später bedauert, daß man im Westen gegenüber Belgrad die größte Nachsicht zeigte, aber taub war für alle Hinweise und Ratschläge aus Sofia. Die Regierung hat sich an das gegen Serbien und Montenegro verhängte Embargo strikt gehalten, obwohl es äußerst nachteilig für das Land war. Bestimmte bulgarische Firmen haben allerdings die Sanktionen gegen Jugoslawien unterlaufen.

Uneinigkeit und Egozentrismus im Regierungslager

Zu viele Köche hatten den Brei schon bei der Regierungsbildung verdorben. Einige, die sich in der Auseinandersetzung mit den Sozialisten große Verdienste erworben hatten, taugten aus fachlichen, andere aus charakterlichen Gründen nicht für die entsagungsvolle Kabinettsarbeit. Dem Ministerpräsidenten fehlten die Leute, denen er absolut vertrauen konnte. Die Kandidatur St. Ganevs für das Amt des Außenministers erschien ihm verrückt, er hat sie aber hingenommen, um die Beziehungen zur DPS nicht zu belasten. Ganev war viel zu narzißtisch, um sich dem Reglement einer Regierung zu unterwerfen. Allerdings zeigten auch andere Ressorts die Tendenz zur Abkapselung. Angesichts dieser Verselbständigungstendenzen hätte der Ministerpräsident mit eiserner Faust regieren müssen. Dies hätte allerdings in der damaligen Aufbruchsstimmung, in der man die Grenzen der persönlichen Unabhängigkeit oft noch nicht wahrhaben wollte, zu Revolten geführt, ja zur Abspaltung von der SDS und vielleicht sogar zum Verlust der Macht.

Infolge des ständigen Stresses, unter dem die SDS-Spitze stand, ist der Kontakt zur Fraktion nicht immer ausreichend gepflegt worden. Die Abgeordneten erfuhren erst am Tag der Abstimmung die Zusammensetzung des Kabinetts. Der Abgeordnete A. Mičkovski zwang den Ministern eine zeitraubende Diskussion über die Privatisierung auf. Die Alternative Sozialistische Partei (ASP) hatte die größten Vorbehalte gegen die Minister I. Kostov und I. Puškarov. Stojan Ganev und Georgi Markov waren von Anfang an nicht gesonnen, Filip Dimitrov als Autorität zu respektieren. Ganev machte oft Außenpolitik auf eigene Faust. Für eine Regierung, die nur von einer brüchigen Parlamentsmehrheit gestützt wurde, war jede Disziplinlosigkeit ein Alarmzeichen. Selbst in der SDS rechneten einige mit einer kurzen Lebensdauer der "blauen" Regierung. Merkwürdigerweise hatte sich D. Ludžev schon am 7. November 1991 in diesem Sinn geäußert, einen Tag vor seiner Wahl zum Verteidigungsminister.

In der von Personalstreitereien gereizten Atmosphäre platzte am 9. Februar 1992 die Nachricht von "jener Liste" (onja spisäk),³⁴ einem Papier, das angeblich die Namen der Geheimdienstagenten enthielt, die in bulgarischen Botschaften tätig waren. Es entstand daraus ein Streit, bei dem man bald nicht mehr verstand, wer wen warum verdächtigte. Präsident Želev,

³⁴ Vgl. die Chronik in: Demokracija, 29.11.1995.

von Ludžev und dem Sicherheitsdienst gedrängt, wünschte, daß man gegen Ganev und Dogan vorgehe, die "jene Liste" ausländischen Botschaften gegeben haben sollen.³⁵ Filip Dimitrov versuchte abzuwehren und zog sich den Zorn Dogans zu. In der Öffentlichkeit mußte der Eindruck einer Regierung entstehen, bei der die Linke nicht wußte, was die Rechte tut.

Eine Reihe von SDS-Abgeordneten und auch die Gewerkschaft "Podkrepa" hatten den Rücktritt von Finanzminister I. Kostov und Industrie- und Handelsminister I. Puškarov gefordert. Puškarov fand bald keine Rückendeckung mehr in der eigenen Fraktion, während Kostov die Krise überstand. Filip Dimitrov seinerseits drang auf die Entlassung von Verteidigungsminister D. Ludžev. Als im Mai die Reibungsverluste infolge der persönlichen Querelen überhandnahmen, war eine Regierungsumbildung unvermeidlich. Für den Ministerpräsidenten war Ludžev mit seinen weitverzweigten Beziehungen, die bis in den Sicherheitsdienst reichten,³⁶ zum Problem geworden. Zwischen ihm und Filip Dimitrov hatte die Chemie nie gestimmt. Als ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident unter D. Popov betrachtete er den amtierenden Premier offensichtlich voller Mißgunst. Als zudem bekannt wurde, daß Ludžev in undurchsichtige Waffengeschäfte verstrickt war,³⁷ war dies der letzte Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte. Durch unbedachte Äußerungen verschlechterte er seine Situation. Zwar hatte er die Unterstützung von Želev, Dogan und auch von "Podkrepa",³⁸ aber die SDS-Fraktion ließ ihn fallen.

Die DPS hat die Schwäche der Regierungspartei weidlich ausgenutzt. Sie setzte Rumen Bikov gegen die Nominierung von Muravej Radev als Industrieminister durch und schlug im letzten Augenblick Aleksandăr Stalijski als Verteidigungsminister vor. Filip Dimitrov mußte sich beugen, wenn er die Stimmen der DPS für seine Regierung nicht verlieren wollte. Die von ihm vorgeschlagenen Kandidaten Christo Biserov und Petăr Stojanov wären auf jeden Fall geeigneter als Stalijski gewesen. Ein Gegengewicht zu den unangemessenen Nominierungen konnte nur der Ökonom Ilko Eskenazi bilden, der das Amt eines stellvertretenden Ministerpräsidenten übernahm.

Kaum hatte man sich auf die Regierungsumbildung geeinigt, meldeten die türkischen Politiker schon den Wunsch nach weiteren Umbesetzungen an.³⁹ In der SDS wuchs die Empörung über die Ansprüche der DPS, zumal die Person Dogans um so rätselhafter wurde, je mehr man mit ihr zu tun hatte. Damals wurde schon vermutet, daß Dogan Zuarbeiter für den kommunistischen Geheimdienst gewesen und damit in der Hand seiner früheren

³⁵ RFE/RL Research Report, 20.3.1992, S. 66.

³⁶ K. Engelbrekt: Bulgaria's Cabinet Shake-up: A Lasting Compromise, in: RFE/RL Research Report, 10.7.1992, S. 2.

³⁷ Ebenda.

³⁸ Im März 1992 hatte sich Ludžev überraschend mit seinem bisherigen Gegner K. Trenčev zu einer gemeinsamen Front zusammengefunden.

³⁹ Engelbrekt: Bulgaria's Cabinet Shake-up, S. 4.

Auftraggeber war. Im Oktober 1997 hat Innenminister Bogomil Bonev im Parlament bekanntgemacht, daß Dogan vor 1989 für den Sicherheitsdienst gearbeitet hat.⁴⁰

Das Ende

In allen Staaten Osteuropas war die Überleitung von der Plan- in die Marktwirtschaft schmerzlich, ernüchternd und schließlich schockierend. Als die Menschen unter der Austeritätspolitik empfindlich zu leiden hatten, hielten sie nicht mehr den früheren Sozialismus für das Hauptübel, sondern den Arzt, der ihnen die Marktwirtschaft verschrieb. In Polen wurde Finanzminister Leszek Balcerowicz mit seiner Schocktherapie zwar zum Buhmann, aber er konnte trotz allen Wehklagens die Grundlagen für einen erstaunlichen wirtschaftlichen Aufstieg schaffen. Als in Polen die ersten Erfolge 1992 sichtbar wurden,⁴¹ mühte sich Bulgarien erst ab, ein ähnliches Transformationsprogramm durchzusetzen.

Bulgarien war allerdings nicht Polen. Hier stießen schon die ersten Reformschritte auf heftige Kritik. Der Kommunismus hatte sowohl in den Köpfen wie in der Wirtschaft ein veritables Desaster angerichtet. Die Restitution hatte sich durchaus günstig ausgewirkt, aber die Agrarreform war steckengeblieben. Die Privatisierung der großen Unternehmen konnte nicht durchgesetzt werden. In der Umgebung der Staatsbetriebe siedelten sich Privatfirmen an, die durch übersteuerten Verkauf von Rohstoffen und Ankauf der Fertigprodukte zu Diskontpreisen die Unternehmen dekapitalisierten. Die Industrieproduktion sackte 1992 bedenklich ab.

Seitens der DPS ist behauptet worden, daß vor allem die türkische Landbevölkerung die rigore Wirtschaftspolitik zu spüren bekam. Nach Schätzungen haben 1992 zwischen 25-160.000 Türken das Land verlassen.⁴² Diese Emigrationswelle wurde von den DPS-Politikern als Beweis für die verfehlte Wirtschaftspolitik gewertet. Wenn aber Notleidenden Hilfe gewährt werden sollte, konnte man sie nicht auf die Türken beschränken, sondern sie mußte der halben Million Arbeitslosen, den 2,3 Millionen Rentnern, den Waisenheimen und Krankenhäusern zugute kommen. Dies überstieg die Möglichkeiten des Staates bei weitem.

Das Defizit des konsolidierten Staatsbudgets, das 1991 noch 3,8 Prozent des Bruttoinlandprodukts ausgemacht hatte, belief sich nach den ersten neun Monaten von 1992 bereits auf 10,7 Prozent.⁴³ Eine exzessive Verschuldung hätte das Ende der Transformation in weite Fernen gerückt und den Anschluß an Westeuropa zu einer Illusion werden lassen. Die SDS-Politiker konnten sich nicht dazu entschließen, den gerade eingeschlagenen Weg wieder zu verlassen.

⁴⁰ Achmed Dogan hat sowohl für den Staatssicherheitsdienst (DS) als auch für den militärischen Abwehrdienst gearbeitet. Weitere Informanten des Staatssicherheitsdienstes aus den Reihen der DPS waren Osman Oktaj, Junal Lutfi und Kadir Kadir, Standart, 23.10.1997; Demokracija, 23.10.1997. Wie Innenminister Bogomil Bonev mitteilte, ist das Dossier von Dogan 1992 am häufigsten benutzt worden, Standart, 24.10.1997.

⁴¹ 1997 war das Sozialprodukt in ganz Mittel- und Osteuropa nur in Polen höher als in der Zeit vor der Wende. Es war zu 60 Prozent von Privaten erwirtschaftet.

⁴² Vgl. K. Engelbrekt: The Fall of Bulgaria's First Noncommunist Government, in: RFE/RL Research Report, 13.11.1992, S. 1-6, hier S. 1.

⁴³ Ikonomikata na Bălgarija do 1996 godina, Sofia 1993, S. 14f.

Angesichts der steigenden Preise und der Sorge um den Arbeitsplatz breitete sich in der Bevölkerung Mißmut und Enttäuschung aus. Viele Bulgaren konnten nicht verstehen, daß es einer langen Zeit bedürfte, bevor man auf einen grünen Zweig kam. Lieber sahen sie die Schuld bei Filip Dimitrov.

Im März streikten die Bergarbeiter, im Juli die Transportarbeiter in der Hauptstadt, im Oktober die Lehrer und Rüstungsarbeiter. Die großen Gewerkschaften "Podkrepa" und die "Konföderation der unabhängigen Gewerkschaften" (KNSB) machten direkt oder indirekt Front gegen die Regierung. Die SDS hatte sich ihren Zorn zugezogen, als sie zu Beginn ihrer Amtszeit die Dreierkommission (Regierung, Gewerkschaften sowie Unternehmen und Privatwirtschaft) aufgelöst hatte, um sich nicht das Heft aus der Hand nehmen zu lassen.⁴⁴ Der Nationalrat für soziale Partnerschaft, der an die Stelle der Dreierkommission trat, hatte nur beschränkte Befugnisse.

1992 steigerte sich der Chor der Opposition zu schrecklichen Vereinfachungen und ungewöhnlichen Gehässigkeiten. Die ruhige Kritik, die in einer entspannten Atmosphäre etwas hätte bewirken können, kam entschieden zu kurz. Nach der Meinung der SDS-Gegner brauchte man offensichtlich nur zu wissen, welche Knöpfe man drücken mußte, damit der Wirtschaftsmotor wieder ansprang. Meistens blieb vollkommen außer Betracht, daß es die Kommunisten waren, die ein Trümmerfeld hinterlassen hatten. Einige waren sogar davon überzeugt, daß man auf den IWF und die Weltbank verzichten müsse.⁴⁵ Andere sahen die Rettung in Rußland oder in den Staaten des Nahen Ostens, wo sie große Absatzmärkte vermuteten. Im Grunde gefiel den Gegnern die ganze Richtung nicht: die Restitution, der "Monetarismus", die marktwirtschaftlichen Reformen, die Abrechnung mit dem Kommunismus und die Bindung an die westlichen Staaten. Die Kritiker, die sehr wohl wußten, daß die SDS-Mannschaft seit ihrem Amtsantritt noch kein starkes Selbstbewußtsein entwickeln konnte, wollten vor allem den sensiblen Ministerpräsidenten und seine Minister weiter verunsichern.

Spätestens seit Mitte 1992 befand sich die Regierung gewissermaßen in der Lage einer von feindlichen Kräften umzingelten Festung. Die Belagerten wurden nicht von außen überwältigt, es waren Bataillone der Verteidigung, die die Tore öffneten. Es gibt viele Spekulationen über die Motive derer, die der Regierung in den Rücken fielen. Man darf auf keinen Fall den Erklärungen der Abtrünnigen glauben. Sicher waren nicht gerade Edelmut und Redlichkeit die Triebkraft des Frontwechsels. Die DPS, eine Gruppe in der SDS und auch der Präsident müssen geglaubt haben, daß eine andere Regierung vorteilhafter sein würde als die amtierende, entweder für das eigene Land, die eigenen Interessen oder das eigene Wunschenken.

Dem äußeren Anschein nach war Dogan, der Führer der DPS, die Hauptfigur beim Sturz der Regierung. Man weiß allerdings nicht, ob es nicht hinter den Kulissen Absprachen mit Kräften gegeben hat, die lieber im Dunkeln bleiben wollten.

⁴⁴ Engelbrekt: *The Fall of Bulgaria's First Noncommunist Government*, S. 3.

⁴⁵ Ebenda.

Am 19. Mai waren die SDS und die DPS übereingekommen, ein "politisches Abkommen" auszuarbeiten, das eine engere Zusammenarbeit der beiden Fraktionen ermöglichen sollte.⁴⁶ Die Verhandlungen kamen aber nicht vom Fleck, weil die DPS immer neue Forderungen erhob. Am 24. Juli stimmte Dogan bei einem Mißtrauensvotum bereits gegen die Regierung, die DPS jedoch noch dafür.⁴⁷ Die DPS wünschte einen Kurswechsel in der Wirtschaftspolitik (trotz leerer Kassen) und eine neue Sicherheitspolitik. Dogan und seine Parteifreunde opponierten auch beharrlich gegen die gerichtlichen Untersuchungen, die gegen ehemalige kommunistische Führer eingeleitet worden waren. Das war um so erstaunlicher, als die DPS noch wenige Monate zuvor die Sozialistische Partei verbieten lassen wollte, nachdem die BSP ihrerseits die Verfassungsmäßigkeit der DPS angezweifelt hatte.

Die türkischen Politiker und die Sozialisten scheinen irgendwann ihre Kriegsbeile begraben zu haben. Da die DPS-Abgeordneten Dogan, Junal Lutfi und Osman Oktaj ehemalige Mitarbeiter des kommunistischen Geheimdienstes waren (was damals allerdings noch nicht offiziell bekannt war), hatten sie einigen Grund, zur SDS auf Distanz zu gehen, die die Geheimdossiers öffnen wollte. Es wäre auch denkbar, daß die türkischen Politiker damals Pressionen aus dem Umkreis der ehemaligen Staatssicherheit ausgesetzt waren.

Die Spannungen im Parlament und im Land wurden durch die Pressekonferenz verschärft, die Staatspräsident Želev am 30. August auf den Wiesen seiner Residenz in Bojana bei Sofia gab.⁴⁸ Želev machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie den Gewerkschaften, der Presse und der nichtparlamentarischen Opposition den Krieg erklärt hätte und daß sie dabei wäre, einen Krieg zwischen Parlament, dem Präsidenten und der Regierung anzuzetteln. Er tadelte namentlich Parlamentspräsident Savov, der seine Rechte mißbrauchte.

Die Attacke des Präsidenten traf die SDS unerwartet. Man wußte in der "Union der demokratischen Kräfte" zwar, daß Želev außer den SDS-Liberalen, die nicht mehr im Parlament vertreten waren, Ludžev und die DPS favorisierte, aber man hatte ihn, der die SDS mitbegründet hatte, als Verbündeten betrachtet. Želev war im Januar 1992 nur dank der Unterstützung der SDS zum Präsidenten gewählt worden. Der 30. August wurde von der "Union der demokratischen Kräfte" als schwarzer Tag gesehen, den man nie mehr vergaß und den man Želev nie verzieh. Betroffen war man im Regierungslager vor allem deswegen, weil Želev die Dinge auf den Kopf stellte: Es waren die Medien und die Gewerkschaften, die der Regierung den Fehdehandschuh hingeworfen hatten.

Nach der Pressekonferenz auf der Bojana-Residenz überschlugen sich die Ereignisse. In einer Atmosphäre größter Nervosität gediehen immer neue Gerüchte. Jedes Wort und jede Aktion erhielt eine neue, eine konspirative Bedeutung. Die "Podkrepa" unterstellte der Regierung am 3. September, daß sie einen Militärcoup vorbereite. Es wurde dem Kabinett vorgeworfen, daß es Telefone abhören lasse und geheime Polizeieinheiten aufstelle. Im Parlament wurde der Rücktritt von Savov gefordert, der die Redebeiträge der Abgeordneten zu schulmeisterlich zu

⁴⁶ Duma, 19.5.1992; Otečestven vestnik, 20.5.1992.

⁴⁷ Otečestven vestnik, 25.7.1992.

⁴⁸ Trud, 31.8.1992; Otečestven vestnik, 31.8.1992; Demokracija, 31.8.1992; Duma, 31.8.1992.

kommentieren pflegte.⁴⁹ Die DPS hielt ihn für untragbar, und am 24. September trat Savov zurück. Dogan glaubte bereits Ansätze "eines blauen Faschismus" bei einigen SDS-Führern erkennen zu können.⁵⁰ Der SDS-Abgeordnete Georgi Markov erklärte sibyllinisch: "Jeder ist ein Verräter, beginnend mit Präsident Želev."⁵¹

Auf einer Nationalkonferenz vom 18. bis 19. September schloß die SDS angesichts der Angriffe von allen Seiten ihre Reihen. Es wurde allen untersagt, für eine Regierung zu stimmen, die nicht von Filip Dimitrov geführt würde.⁵² Da man sich in der SDS durchaus im klaren darüber war, daß die DPS die Regierung stürzen könnte, sahen einige in Neuwahlen den einzigen Ausweg aus der verfahrenen Situation. Man konnte sich nicht vorstellen, daß die antitürkische BSP und die DPS eine gemeinsame Koalition bilden würden. Wahrscheinlich hat Präsident Želev mit den DPS-Führern aber schon damals geheime Gespräche geführt. Am 20. September sprach er bereits vor ausländischen Botschaftern von der Möglichkeit einer neuen Regierung unter Ilko Eskenazi.⁵³

Dogan versuchte am 23. September einen Keil zwischen die SDS und Filip Dimitrov zu treiben, als er eine neue Regierung der SDS zwar für akzeptabel hielt, nicht aber den gegenwärtigen Premier. Am 23. September führte Dogan mit der sozialistischen Abgeordneten Nora Ananieva Gespräche.⁵⁴ Was ihn damals beschäftigte, verriet er auf einer Pressekonferenz: "Die Dossiers sollen in einem schönen großen Feuer auf dem Platz brennen".⁵⁵ Am 7. Oktober traf Viktor Šarapov, der frühere Sowjetbotschafter in Sofia, ein und blieb hier bis Ende des Monats. Am selben Tag versuchte Filip Dimitrov während eines Essens mit Dogan im Restaurant "Krim" einen Modus vivendi zu finden. Dogan hielt zwar im Prinzip ein Arrangement für möglich, verschob aber die Verhandlung der Details auf später. Für Dimitrov muß es entnervend gewesen sein, daß Dogan immer neue Forderungen nachschob, sobald man in einem Punkt Einigkeit erreicht hatte.⁵⁶

Die Reise von Konstantin Mišev nach Skopje wurde von den Gegnern der SDS zu einer Haupt- und Staatsaktion aufgebauscht. Die mazedonische Seite hatte in Sofia um Waffen nachgesucht und Filip Dimitrov hatte daraufhin seinem Berater Mišev zu Kiro Gligorov entsandt, um ihm zu erklären, daß Bulgarien das Waffenembargo einzuhalten gedenke. Dimitrov hatte wenige Tage später die Botschafter westlicher Länder über die Mišev-Mission informiert. Am 18. September hatte dann der Nachrichtenchef Brigo Asparuchov,⁵⁷ der Präsident Želev unterstand und offensichtlich in dessen Auftrag sprach, auf einer Presse-

⁴⁹ Ch. Moser bezeichnete St. Savov als ziemlich ungeeignet in seiner Rolle als Parlamentspräsident, vgl. Ch. Moser, a.a.O., S. 68.

⁵⁰ Otečestven vestnik, 24.9.1992; Demokracija, 24.9.1992.

⁵¹ Ch. Moser, a.a.O., S. 70.

⁵² Demokracija, 21.9.1992.

⁵³ Vgl. die Beobachtungen des portugiesischen Botschafters L. Fereira in: Trud, 21.11.1997.

⁵⁴ Demokracija, 24.9.1992.

⁵⁵ Ebenda.

⁵⁶ Mitteilung von Filip Dimitrov.

⁵⁷ B. Asparuchov stand offensichtlich den ehemaligen Kommunisten sehr nahe. Er wollte im April 1997 auf der Liste der BSP kandidieren, was nicht gelang. Später setzte er sich für die Erneuerung der BSP ein.

konferenz von dem geheimnisvollen Waffenhandel gesprochen. Daß er darüber öffentlich sprach, war ungewöhnlich genug, aber noch merkwürdiger war, daß er nicht bereit war, der Regierung Bericht zu erstatten. Am 9. Oktober konnte Filip Dimitrov Präsident Želev davon überzeugen, daß die Mišev-Reise nicht gegen Recht und Ordnung verstoßen hatte.⁵⁸ Er fühlte sich stark genug, den Rücktritt Asparuchovs zu fordern, was Želev allerdings ablehnte. Man einigte sich aber darauf, daß sich Asparuchov in aller Form öffentlich entschuldigte. Bald darauf wurden jedoch wieder die Verdächtigungen gegen Mišev und Dimitrov erhoben und auch Želev glaubte auf einmal den Worten seines Premiers nicht mehr.

Für die DPS wurde die Mišev-Affaire zum notwendigen Vorwand,⁵⁹ um das Tischtuch zwischen sich und der SDS zu zerschneiden. Auf einer geschlossenen Sitzung des Parlaments am 20. Oktober, die von der SDS weitgehend boykottiert wurde, kamen die BSP und die DPS mit 123 Stimmen und bei drei Enthaltungen zu dem Beschluß, daß der Premier Bedingungen geschaffen habe, die dem Ansehen des Landes und der nationalen Sicherheit schaden.⁶⁰ Ein Verstoß gegen das über Jugoslawien verhängte Waffenembargo war nicht nachzuweisen. Die Gegner von einst, die ehemaligen Kommunisten und die türkischen Opfer der Kommunisten, hatten sich ein weiteres Mal zusammengefunden, um die erste antikommunistische Regierung zu verurteilen. Für den größten Teil der SDS hatten damit die Führer der DPS ihr Gesicht verloren.

Die Regierung war allerdings ohne Unterstützung der DPS handlungsunfähig. Um einer qualvollen Lähmung zu entgehen, beschloß das Kabinett, die Vertrauensfrage zu stellen. Am 26. Oktober votierten 120 Abgeordnete in einer geheimen Abstimmung gegen die Regierung, 111 dafür.⁶¹ Da die SDS 110 Abgeordnete im "Säbranie" besaß, hatte die DPS mit der Sozialistischen Partei gestimmt. Die erste antikommunistische Regierung nach 1989 war zu Fall gebracht.

Die DPS-Führung glaubte, ihrem Elektorat diesen Frontwechsel zumuten zu können, wenn man der SDS die Schuld an allen Fehlentwicklungen zuschob. Die meisten Zeitungen hatten ohnehin auf den Sturz der Regierung hingewirkt. Es ehrt die Bulgaren, daß sie keine Pogromstimmung gegen ihre türkische Minderheit anheizten, aber mit Sicherheit hat das Verhalten Dogans und seiner Mitstreiter das Zusammenleben von Bulgaren und Türken nicht erleichtert.

Zwei Monate vergingen, bis ein neues Kabinett eine parlamentarische Mehrheit fand. Die SDS als stärkste Fraktion wurde wiederum vom Präsidenten mit der Regierungsbildung beauftragt. Für die DPS war es eine Enttäuschung, daß die SDS Filip Dimitrov als Ministerpräsidenten offerierte. Dogan hätte natürlich Ludžev vorgezogen. In den Verhandlungen der SDS mit der DPS meldete Dogan seinen Wunsch nach einer formellen Koalition an, in der seine Fraktion einen stellvertretenden Ministerpräsidenten, drei Minister

⁵⁸ Demokracija, 20.10.1992.

⁵⁹ Schon 1992 hatte K. Engelbrekt von einem "pretext" gesprochen. Vgl. seinen Artikel "The Fall of Bulgaria's First Noncommunist Government", S. 2.

⁶⁰ Otečestven vestnik, 21.10.1992; Duma, 21.10.1992.

⁶¹ Otečestven vestnik, 29.10.1992. Nach den Angaben von Osman Oktaj war es Ivan Kostov, der dem Premier geraten hatte, die Vertrauensfrage zu stellen. 24 časa, 168 časa und Trud, 6.4.1997.

und vier stellvertretende Minister stellen sollte.⁶² Allem Anschein nach waren die Forderungen so hoch, um einer Ablehnung von vornherein sicher sein zu können.

Schon Anfang November hatten die Unzufriedenen in der SDS um Ludžev angekündigt, daß sie gegen Dimitrov stimmen würden.⁶³ Am 20. November lehnte schließlich das Parlament mit 124 zu 104 Stimmen eine Regierung unter Filip Dimitrov ab.⁶⁴

Peter Bojadžiev, ein früherer Dissident, der, obwohl kein Sozialist, von der BSP als Kandidat für das Amt des Regierungschefs vorgeschlagen wurde, mußte sein Mandat zurückgeben, weil er die bulgarische und französische Staatsbürgerschaft besaß.

Als dritte Fraktion erhielt die DPS das Mandat für eine neue Regierung. In den Verhandlungen mit der SDS forderten die türkischen Politiker offensichtlich ein Mitspracherecht bei der Nominierung des Ministerpräsidenten, lehnten aber S. Lučnikov und J. Sokolov ab. Es zeichnete sich auch schon ab, daß die DPS einige von der Dimitrov-Regierung verabschiedete Gesetze revidieren wollte.⁶⁵

Schließlich benannte die DPS Ljuben Berov als ihren Kandidaten für das Amt des Premiers. Mit ihm hatte sie schon seit November hinter den Kulissen verhandelt. Da Dogan bereits Bojadžiev spontan abgelehnt hatte, ist es wahrscheinlich, daß er schon sehr früh nur einen Ministerpräsidenten seiner Wahl akzeptieren wollte.

Am 30. Dezember wurde der ehemalige kommunistische Ministerpräsident Lukanov aus der Untersuchungshaft entlassen, nachdem die BSP und die DPS unter dem Vorsitz des stellvertretenden Parlamentspräsidenten Kadir Kadir (DPS) die Bestimmungen aufgehoben hatten, die seinerzeit die Festnahme von Lukanov erlaubt hatten.⁶⁶ Dogan, der vor geraumer Zeit noch als dezidierter Antikommunist und Antisozialist aufgetreten war, machte kein Geheimnis daraus, daß er eine Kehrtwendung um 180 Grad vollzogen hatte. Noch bevor Lukanov auf freien Fuß gesetzt worden war, hatte Dogan versucht, ihm einen Besuch abzustatten, was ihm aber wegen der fehlenden Erlaubnis der Generalstaatsanwaltschaft nicht erlaubt wurde.⁶⁷ Im Februar 1993 schließlich machte er sogar Živkov, einem notorischen Türkegegner, seine Aufwartung.⁶⁸

Am 30. Dezember 1992 stimmten 124 der 149 anwesenden Abgeordneten für Ljuben Berov als Premier und 127 für sein Kabinett. Die neue Regierung erhielt die Unterstützung eines großen Teils der BSP, der DPS und von etwa 20 SDS-Abtrünnigen. In der SDS-Fraktion breitete sich Mißtrauen aus, auf Loyalität war kaum noch Verlaß. Das Parlament wurde zum Haifischbecken. Viele SDS-Abgeordnete hätten Neuwahlen vorgezogen. Eine Mehrheit im

⁶² Ch. Moser, S. 73.

⁶³ Ebenda, S. 72.

⁶⁴ Duma, 21.11.1995.

⁶⁵ Ch. Moser, S. 73.

⁶⁶ Duma, 31.12.1992.

⁶⁷ BTA, 30.12.1992.

⁶⁸ Demokracija, 25.2.1993.

Parlament befürchtete allerdings, daß ihre Chancen bei vorgezogenen Wahlen schlecht waren. Nach Umfragen befand sich aber vor allem die BSP damals in einem Tief der Wählergunst.⁶⁹

Hinter den Kulissen hatte Präsident Želev während der dramatischen Ereignisse seine Hände im Spiel. Berov war sein früherer Wirtschaftsberater. Želev orakelte damals, daß es die Sklavenhalter und nicht die Sklaven waren, die die Sklavenhaltergesellschaft abschafften.⁷⁰ Damit wies er den ehemaligen Kommunisten die Aufgabe zu, den Weg zur Demokratie und Marktwirtschaft zu ebnen. Ende 1992 war zu hören, daß sich Želev für die Freilassung Lukanovs eingesetzt hat, um die Unterstützung der Sozialisten für die neue Regierung zu erhalten. Schließlich hatte er, so hieß es, einige Kandidaten erst überreden müssen, ehe sie ein Ministeramt übernahmen.

Die Kosten eines Regierungsturzes

In der bulgarischen Intelligenz war nach dem Sturz der "blauen" Regierung die Ansicht weit verbreitet, daß die SDS ihren Wahlsieg von 1991 ohne Not verschenkt hat. Bestimmte Kreise schoben Filip Dimitrov die Schuld an allen Mißerfolgen in die Schuhe. Tageszeitungen wie die "Duma", "24 časa" und "Trud" schossen 1992 mit ihrer Kritik weit über das Ziel, aber auch über die Grenzen des Anstands hinaus. Vielleicht haben manche Journalisten aus naiver Freude über die gewonnene Meinungsfreiheit der Regierung Filip Dimitrovs zugesetzt, aber sehr viele sahen die eigentliche Gefahr tatsächlich in der SDS, die die Erblasten des Kommunismus beseitigen wollte, und nicht in den Erblasten.

Diejenigen, die mit dem Zeigefinger auf die erste antikommunistische Regierung nach 1944 zeigten, übersahen, daß drei Finger auf sie zurückwiesen. Die Mehrheit der bulgarischen Intelligenz war damals erstaunlich desorientiert. Sie hätte die Aufgabe gehabt, der Bevölkerung mit nüchternen Analysen beizustehen. Das aber geschah bei weitem nicht in demselben Maße wie in Polen, in der Tschechoslowakei und Ungarn. Seit 1944 haben die Kommunisten die gebildete Oberschicht dezimiert oder aber unterdrückt. Nach 1989 fehlte die Intelligenz, die für den Aufbau der Demokratie nötig gewesen wäre. Es begann die Zeit der *simplificateurs terribles*. Zu viele wähten sich im Besitz der Wahrheit.

Es wäre zu billig, wenn man sich im Westen über die Irrungen und Wirrungen in Sofia erhaben fühlen würde. Bulgarien hat zu viele Katastrophen erlebt, um die günstigsten Voraussetzungen für eine demokratische Wiedergeburt zu besitzen. Allerdings kann man von einem ausländischen Beobachter auch nicht verlangen, daß er auf kritische Anmerkungen verzichtet.

Es fehlte in Bulgarien nicht nur eine breite Intelligenz, die der SDS den Rücken freigehalten hätte. Nach dem Zusammenbruch des Kommunismus befand sich die Bevölkerung im Zustand der Ratlosigkeit, die in dem Maß zunahm, wie es mit der Wirtschaft bergab ging. Die ehemaligen Kommunisten schürten vor allem auf dem flachen Land die Angst, daß die SDS

⁶⁹ Demokracija, 22.1.1996.

⁷⁰ Demokracija, 1.12.1995 (Chronik).

bald nicht mehr ausreichend Renten zahlen könnte. Die Menschen waren in ihrer Hilflosigkeit allen möglichen Einflüsterungen und Heilslehren ausgesetzt. Aus dem Ausland kamen nicht nur hilfreiche Einflüsse. Für das Fehlen fester Überzeugungen war schon typisch, daß St. Ganev, der Außenminister der Dimitrov-Regierung, der sich als Parteiführer einer christlichen Partei verstand, später zur Moon-Sekte tendierte.⁷¹ Erstaunlicherweise stießen sich die Bulgaren auch nicht daran, daß der Dichter und Nonkonformist R. Ralin bis 1992 sowohl ein Parteibuch der BSP als auch eines der SDS besaß. Ralin verkörperte damit geradezu in exemplarischer Weise die Unentschiedenheit eines großen Bevölkerungsteils.

Es war nicht gut um die Urteilsfähigkeit der Bulgaren bestellt. Der mangelnde Instinkt zeigte sich 1992, als viele Intellektuelle ausgerechnet Politikern wie Ludžev und Dogan Beifall spendeten, die der "blauen" Regierung den Todesstoß versetzt hatten. Sogar Staatspräsident Želev rechnete die türkischen Abgeordneten zu den besten Politikern seines Landes.⁷² Auch wenn man erst Jahre später erfuhr, daß die führenden Köpfe der DPS dem kommunistischen Sicherheitsdienst verpflichtet waren, hätte man 1992 erkennen können, daß sie kein sauberes Spiel trieben. Ohne Frage trägt Želev eine große Verantwortung am Sturz der "blauen" Regierung.

Die SDS-Kritiker wurden nach dem Sturz Filip Dimitrovs von Jahr zu Jahr stärker von der Wirklichkeit desavouiert. Für sie war es 1992 eine ausgemachte Sache, daß Ministerpräsident Berov seine Sache besser machen würde als sein Vorgänger. Als Berov aber 1994 seinen Rücktritt bekanntgab, befand sich das Land in einem deutlich schlechteren Zustand, als er es übernommen hatte. Unter ihm konnte sich das organisierte Verbrechen explosionsartig ausbreiten. Nachdem die BSP aber 1995 die Regierungsverantwortung übernahm, verkam Bulgarien regelrecht. Am Ende der Regierung Žan Videnovs fand sich das Land an der Schwelle zur Dritten Welt wieder. Die Sozialisten waren nicht einmal mehr imstande, die Brotversorgung sicherzustellen.

Erst nach den deprimierenden Erfahrungen mit einer "liberalen" und einer sozialistischen Regierung gelangte eine Mehrheit der Bulgaren zu der Erkenntnis, daß es die von Intellektuellen so emphatisch verkündete sanfte Alternative zum konservativen "Radikalismus" des SDS-Programms nicht gab.⁷³ Die vorgeblich sozialverträglichen Lösungen, wie sie von Berov und Videnov versucht worden waren, hatten in eine Sackgasse geführt. Der Preis dieser Erkenntnis war sehr hoch: Vier Jahre waren für die Erneuerung des Landes verlorengegangen.

1997 fällt das Urteil über die Amtszeit Filip Dimitrovs anders aus als 1992. Allerdings war die erste "blaue" Regierung alles andere als mustergültig. Sie hatte mit mehr Geburtsfehlern begonnen als die vergleichbaren antikommunistischen Regierungen in Polen, der Tschechoslowakei oder in Ungarn. Die bulgarische Gesellschaft war auf die enormen Herausforderungen zu wenig vorbereitet. Der Regierungsauftrag kam daher eigentlich zu früh

⁷¹ Ganev widersprach zwar (Trud, 15.11.1997), wirkte aber nicht überzeugend.

⁷² 168 časa, 27.9.1993.

⁷³ Es gibt natürlich noch immer die Ansicht, daß der Abstieg Bulgariens während der Regierung Filip Dimitrovs begann. Der gegenwärtige Staatspräsident Petăr Stojanov hat sich gegen dieses "Propagandabild" ausgesprochen. Vgl. Tagesspiegel, 19.1.1997.

für die SDS, zumal sie auch die innere Geschlossenheit nicht besaß, die zum Regieren nötig gewesen wäre. Andererseits mußte sie die Macht übernehmen, da nur sie den Einfluß der BSP zurückdrängen konnte. Eine Koalition von 19 oder, sofern man die DPS miteinbezieht, von 20 Formationen war ein schweres Handicap. Nur so konnte sie allerdings Erfahrungen gewinnen, die ihr in der Opposition vorenthalten geblieben wären.

Das Kabinett war zu heterogen. Es litt darunter, daß zu viele Personalwünsche berücksichtigt werden mußten, wenn man die DPS oder bestimmte Gruppierungen in der SDS nicht verprellen wollte. Der Premier hatte zu wenig Vertraute auf führende Posten berufen, weil er sich nicht dem Verdacht der Günstlingswirtschaft aussetzen wollte.⁷⁴

Das Beispiel von Innenminister Sokolov und Justizminister Lučnikov, die Filip Dimitrov bereits aus seiner Berufszeit kannte ("Zweites Advokatenkollektiv"), zeigt, was ein eingespieltes Team zu leisten vermochte. Die beiden Ressortschefs waren loyal gegenüber dem Ministerpräsidenten. Sie erwiesen sich neben I. Kostov als die Säulen des Kabinetts.

Es ist grotesk, daß die Gegner der "blauen" Regierung 1992 weniger jene Minister kritisierten, deren Schwächen offensichtlich waren oder die sich der Kabinettsdisziplin entzogen, sondern den Ministerpräsidenten selbst. Es gab Kritiker, die kein einziges gutes Haar an Dimitrov ließen. Es war deutlich zu spüren, daß der Premier für viele ein Störfaktor war. Seine Gegner waren im Gespräch im besten Fall bereit, zuzugeben, und zwar widerwillig, daß er nicht korrupt war. Der Ministerpräsident konnte in der Tat nie mit fragwürdigen Organisationen in Verbindung gebracht werden. Aber nicht einmal dies schienen seine Widersacher als Plus gelten zu lassen. Die moralische Integrität Dimitrovs steigerte eher noch die Aggressivität seiner Kritiker. Vielleicht entsprach Filip Dimitrov eher der westlichen als der bulgarischen Welt. Er war nicht zu jener Geschmeidigkeit bereit, die die ehemalige Nomenklatura, aber auch die Glücksritter der beginnenden Marktwirtschaft brauchten, um ungestört neue Karrieren beginnen zu können.

Die SDS-Regierung hat in den knapp zwölf Monaten ihrer Existenz den Weg markiert, der schon in Polen, der Tschechoslowakei und Ungarn eingeschlagen worden war. Ihr Programm unterschied sich deutlich von der Unentschiedenheit der Regierungen nach 1989. Ihre Leistung ist um so höher zu bewerten, als die Regierung zunächst keine genauen Daten über die Wirtschaft und Gesellschaft hatte. Die "blaue" Regierung hat die kleine Privatisierung in den Städten gemeistert. Damit konnte eine neue Mittelklasse entstehen, die ein Gegengewicht zu den postkommunistischen Neureichen werden konnte. Die Landreform wurde vorangetrieben. Ausländische Journalisten, die Bulgarien in der zweiten Hälfte 1992 besuchten, zeigten sich überrascht über die unübersehbaren Zeichen eines grundlegenden Wandels.⁷⁵ Schon im März 1992 hatte der stellvertretende amerikanische Staatssekretär Lawrence S. Eagleburger von "erstaunlichen Wandlungen in Bulgarien" gesprochen.⁷⁶ Das Land schien zu den Reformstaaten Mitteleuropas aufschließen zu können.

⁷⁴ Mitteilung von Filip Dimitrov.

⁷⁵ Die Zeit, 18.9.1992; Newsweek, 21.9.1992; Der Spiegel, 12.10.1992; L'Espresso, 29.11.1992.

⁷⁶ International Herald Tribune, 7.3.1992.

Der Lev blieb während der Regierungszeit der SDS relativ stabil. Die Inflation konnte von rund 340 Prozent (1991) auf 82 Prozent (1992) zurückgedrängt werden. Der IMF und die Weltbank waren zu einem Extended Fund Facility (EFF) bereit, nachdem die Regierung die Rückzahlung der Auslandsschulden in Aussicht gestellt hatte. Die innenpolitischen Turbulenzen in Bulgarien bewogen den IMF jedoch, die konkreten Verhandlungen über den EFF zu verschieben.

Bulgarien erwarb sich nach dem Amtsantritt der SDS-Regierung binnen kürzester Zeit den Respekt der Welt. Es orientierte sich ohne Wenn und Aber an den Westen, wurde Mitglied des Europarates in Straßburg und paraphierte das Assoziationsabkommen mit der EG. Zu den USA wurde ein vertrauensvolles Verhältnis entwickelt. Ausländischen Beobachtern erschien das Land als eine Insel der Stabilität auf dem unruhigen Balkan. Der Besuch Filip Dimitrovs in Israel beendete die einseitige proarabische Politik Bulgariens.

Was von der "blauen" Regierung erreicht wurde, war vor allem das Werk einer kleinen Kernmannschaft, zu der außer dem Ministerpräsidenten I. Kostov, I. Eskenazi, J. Sokolov und S. Lučnikov gehörten. I. Kostov hat, nachdem er selbst Ministerpräsident geworden war, die Regierung Filip Dimitrovs "unglaublich vital" genannt.⁷⁷ Während ein Trommelfeuer der Kritik auf die Regierung niederging und ständige Querelen in der SDS und Spannungen mit der DPS das Kabinett zu lähmen drohten, hatte eine Handvoll von Spitzenpolitikern, unterstützt von ein paar Dutzend Abgeordneten und vielen tausend Sympathisanten, einer gegnerischen Übermacht standgehalten. Die "blaue" Regierung wurde zum antikommunistischen Wellenbrecher. Sie übernahm eine Last, die nur sie als stärkste Gegenkraft gegenüber der BSP übernehmen konnte.

Bevor sie ihre Ziele erreichen konnte, wurde sie gestürzt. Einer Mehrheit im Parlament gingen die Absichten der Regierung zu weit. Das Medikament, das in Polen oder Ungarn verabreicht worden war, wurde ausgespuckt.

⁷⁷ I. Kostov in: 24 časa, 8.12.1997.

Heinz Brahm

The First Anti-Communist Government in Bulgaria

Bericht des BIOst Nr. 44/1998

Summary

Introductory Remarks

When democracy was introduced in the states of Eastern Europe after 1989, the new politicians were initially forced to rely on what remained of the old structures following the collapse of communism. While some countries rapidly made a clean break with the Communist legacy, others were slower to do so. Bulgaria, in particular, had great difficulty in overcoming the past. For quite some time after the fall of Todor Živkov, the Communists, who had renamed themselves Socialists, continued to retain about half the membership of the old Communist Party. In Poland and Hungary, by contrast, only a very small percentage of the old cadres remained in the post-communist parties. It was, therefore, hardly surprising that the Bulgarian Socialist Party (BSP) won a majority of the votes in the first free elections in 1990. The government that was formed under Andrei Lukanov turned out to be a dismal failure, however, and there followed a winter of starvation. Nevertheless, despite the population's negative experience of the Communists and their successors, in the second free elections, held in 1991, the anti-Communist "Union of Democratic Forces" (SDS) finished only narrowly ahead of the BSP. Under Filip Dimitrov, the SDS formed the first non-Communist government since 1944.

Since 1991 the author of this report has had many opportunities to talk informally with Bulgarian politicians, academics and journalists, initially simply out of personal interest. It was not until 1995 that he had the idea of writing a report drawing together what he had heard and observed with printed source material. It would be impossible to mention all the sources in the footnotes, and in any case, many of the people I talked to would probably no longer stand by what they said then, because their political sympathies have changed in the meantime. Filip Dimitrov, however, gave me *carte blanche* to quote him as I saw fit.

The aim of this report is to provide an insight into the difficulties encountered by the anti-Communists in clearing up the mess left by the previous regime and its successors. In the West, coverage of Bulgaria's abandonment of communism after 1989 is usually very superficial and often amounts to no more than statements about the incompetence of the new politicians. Given that most readers know very little about the country, journalists think they can get away with such oversimplifications.

Findings

Following its election victory in 1991, the SDS did not have a majority in the "Narodno sãbranie" (the parliament). The "Movement for Rights and Freedoms" (DPS), supported chiefly by the Turkish minority, was prepared to give the conservative SDS its backing but not to enter into a coalition. It rapidly became clear, however, that the DPS was going to be an unreliable partner. Moreover, even the SDS itself, a conglomeration of nineteen parties and groupings, did not have the necessary degree of unanimity to form a coalition, let alone a party. Having existed for barely two years, the SDS had had little chance to establish solid traditions, and the efforts of various individuals to boost their own image usually resulted in a weakening of the alliance. When it came to the crunch, many of its Mps, even those occupying ministerial positions, displayed a shocking lack of discipline and loyalty. The extensive, perhaps excessive, preoccupation with individuals in this report is not an attempt by the author to engage in name-dropping but serves to identify the centrifugal forces responsible for making the job of governing the country extremely difficult.

Even the formation of a government proved to be an extremely laborious process because there were so many different wishes, views and political currents to be taken account of. Only a handful of the new ministers, among them Ivan Kostov, had had the opportunity under the non-affiliated head of government Dimitãr Popov to gain any experience of the various portfolios or of the work of the cabinet. One of the SDS's major handicaps was that it simply did not have enough capable and experienced administrators and experts to fill all the positions in the ministries, government authorities and institutions with new personnel. After more than forty years of Communist hegemony, a complete renewal of personnel was inevitable. There were also considerable problems in replacing the old elites in the universities and banks.

Filip Dimitrov's government knew that the only way to survive politically was to bring about tangible economic recovery. Few people realised back in 1991 and 1992, however, how difficult economic restructuring would prove to be. The Communist debt legacy, to the tune of 10.4 billion dollars, left the new government team with little room for manoeuvre. Moreover, the unreliability of Communist era statistics meant that the new politicians did not have any exact figures to base their policies on. Finance Minister Kostov was not able to put his plans into operation as quickly as he would have liked owing to considerable resistance from Asen Miãkovski on the left wing of the SDS. Resistance to the Kostov austerity programme also came from the trade-union "Podkrepa," which was actually supposed to be allied with the SDS.

The restitution laws of December 1991 and February 1992 made it possible for houses, shops and small companies to be returned to their former owners. There followed an amended version of the land reform law. These laws were designed to bring about the accumulation of capital in the hands of the former bourgeoisie. Particularly in Sofia, confidence grew in the prospect of economic recovery. The privatisation of large enterprises was envisaged but failed to be put into practice. Since 1990 Bulgaria had stopped servicing its foreign debt. Under the

new government, however, contact was re-established with international financial institutions. There was an urgent need for foreign capital in order to boost the economy.

While even the more prosperous states of the former East bloc, such as Czechoslovakia or Hungary, suffered under the hardships resulting from economic transformation, economic reform brought the much poorer Bulgaria to its knees. Many journalists and academics were convinced, however, that it was only the incompetence of the Dimitrov government that was preventing the country's recovery. The propaganda campaign against the SDS was driven not only by the BSP and its forces but also by non-Socialists. It became even more intense when several leading former Communist politicians were arrested and, especially, when the lords of the nomenclature had to fear for their power and state security informers that they would be exposed.

Under Filip Dimitrov Bulgaria was eager to cultivate contacts with the EU and the USA. Bulgaria became the fourth country in the former East bloc to be admitted to the Council of Europe and negotiations took place on an association agreement with the EU. The negotiators from Sofia, however, had to face up to the fact that they were not accorded the same treatment in Brussels as Poland or Czechoslovakia.

The story of how the Dimitrov government fell reads like a political thriller. The government suddenly came under attack from all sides. Just what made Achmed Dogan engage in this cloak and dagger conspiracy is still largely unclear. The rebels had evidently held secret talks. At an ill-starred press conference at the Bojana, President Željko Želez had openly signalled his support for the critics of the SDS government. Želez, who owed his position entirely to the support of SDS voters and who had had a decisive role to play in the founding of SDS, apparently saw himself as a kind of de Gaulle, whose prerogative it was to hire and fire governments. One of his advisers in his activities against the SDS government was the dubious head of the security service Brigo Asparuchov.

Despite all the obstacles, however, the core of the Dimitrov government did manage to take some steps along the road to reform. To proclaim goals for which the majority of the Bulgarian population was not prepared amounted to an act of political self-sacrifice. The cabinets of Ljuben Berov and Žan Videnov, who assumed responsibility for running the country following the fall of the Dimitrov government, tried to evade the dictates of reform. Their allegedly socially acceptable policies ended in disaster.